

**2+3/
2011**

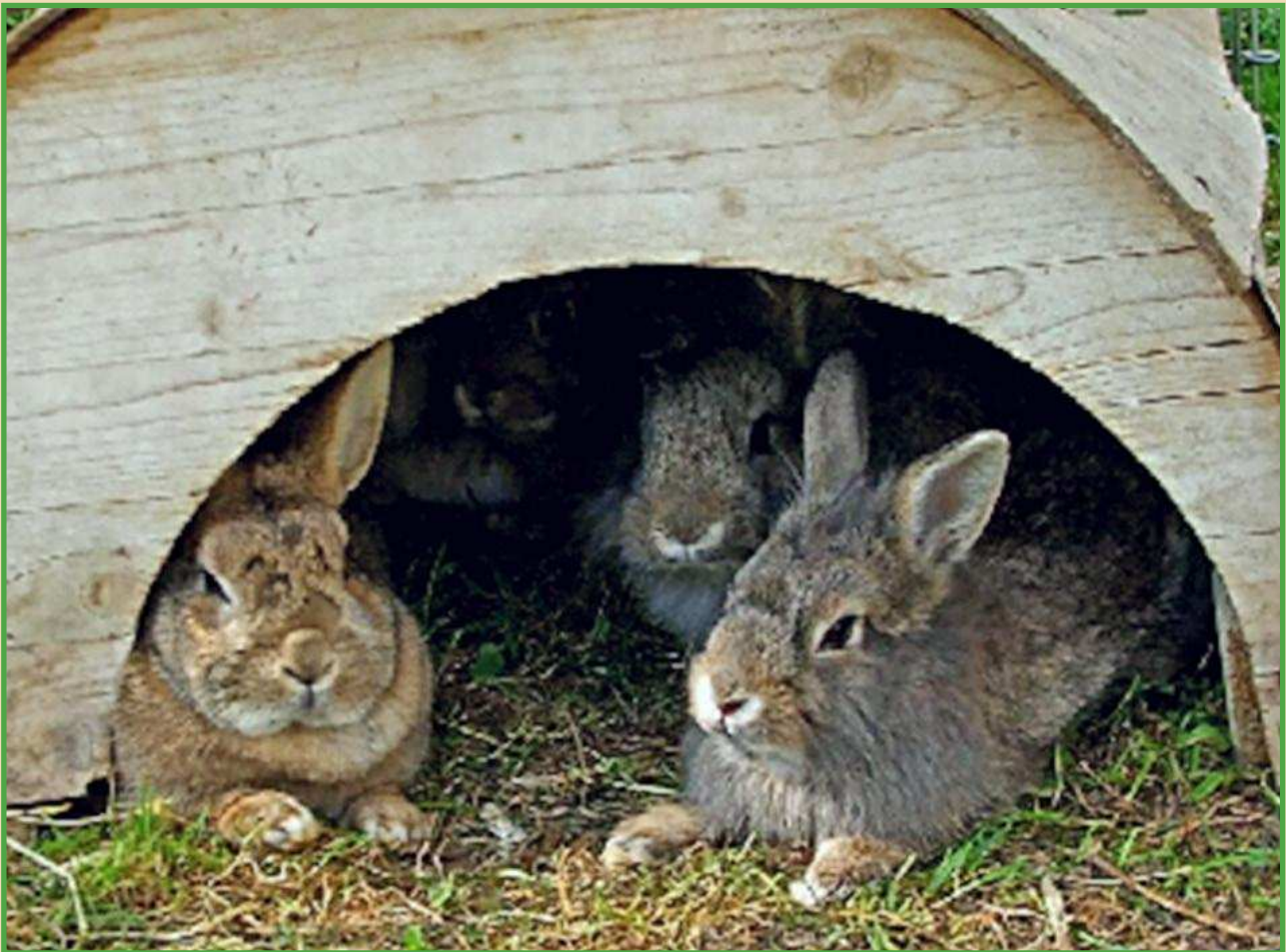
Tierversuchsgegner

Baden-Württemberg e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

TIERSCHUTZ AKTUELL

Mitglieder-Informationen September 2011



Ein schattiges Plätzchen

Foto: Wolfgang Livaditis

- **Heiße Sommertage – tödliche Gefahr für Haus- und Nutztiere**
- **Regierungswechsel bietet Chancen für den Tierschutz**
- **Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden**
- **„Die Würde des Tieres“ –
Bericht über die Tierschutztagung in Bad Boll**

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | |
|---------|---|
| 03 – 22 | Unsere Aktivitäten, darunter: |
| 05 – 07 | Straßenhunde in Rumänien |
| 14 – 15 | Heiße Sommertage – tödliche Gefahr |
| 15 – 16 | Bericht über die Mitgliederversammlung |
| 20 – 22 | Leser-/Zuschauerbriefe unserer Aktiven |
| 23 – 28 | Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg: |
| 23 – 25 | Landesbeirat für Tierschutz |
| 25 – 28 | Tierschutzpolitik der Grünen |
| 29 – 31 | Kritik an Tierversuchen |
| 32 – 34 | Tierversuchsfreie Forschung |
| 35 – 37 | „Die Würde des Tieres“ – Tierschutztagung |
| 37 | Bundestag lehnt fünf Tierschutzanträge ab |
| 37 – 38 | EU-Richtlinie für Masthühner verschärfen! |
| 38 – 39 | Kurzmeldungen |
| 39 | Anschriften für Briefaktionen |

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE.

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.
Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart
E-Mail: info@tierrechte-bw.de

Chefredaktion und Gestaltung:

Ingeborg Livaditis
Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich
Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50
E-Mail: Liva-Tierrechte@arcor.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Silke Bitz, Marie-Luise Strewe, Eva Gatz, Barbara Pflüger,
Jochen Buchholz sowie namentlich genannte Autoren

Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH
Auflage: 1.700 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Liebe Mitglieder, liebe Tierfreunde,

der Regierungswechsel in Baden-Württemberg nach 58 Jahren führt zu einem positiven Ausblick im politischen Tierschutz. Als wir im letzten Heft die Wahlaussagen der Parteien zum Tierschutz vorgestellt haben, hatten wir nicht zu hoffen gewagt, dass die *Grünen* mit ihren umfangreichen Tierschutzvorhaben die Wahl zusammen mit der *SPD* gewinnen könnten.

Zu unserer großen Freude wurden im Koalitionsvertrag zwei langjährige, gravierende Forderungen des Tierschutzes festgeschrieben: die Schaffung der Stelle eines Landestierschutzbeauftragten und die Einführung der Verbandsklage für Tierschutzverbände auf Landesebene. Diese Punkte hatten beide Parteien auf unsere Fragen zur Landtagswahl befürwortet. Außerdem sollen Tierversuche in Baden-Württemberg reduziert und Alternativmethoden gefördert werden. Vereinbart wurde auch die Unterstützung von Tierheimen sowie die Förderung einer tiergerechten Nutztierhaltung. Die gesetzlichen Standards der Tierhaltung sollen auf EU- und nationaler Ebene verbessert werden. Vorgesehen ist eine Überarbeitung des Jagd- und Fischereigesetzes, das an wildökologische Anforderungen und dem Tierschutz ausgerichtet werden soll. Das sind Riesenerfolge! Vieles wird jedoch von den noch festzulegenden Einzelheiten abhängen. Es wird allerdings noch Monate dauern, bis diese ausgearbeitet sind und in die Beratung kommen.

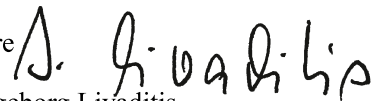
Die *Grünen* konnten sich in den Koalitionsverhandlungen leider nicht in allen Punkten ihres Wahlprogramms durchsetzen. So fehlt beispielsweise für Zirkusse ein Wildtierverbot, die Verschärfung der Richtlinien für die Zootierhaltung und der Leitlinien für Tierbörsen, ein Verbot der Züchtung von Tieren zur Pelzgewinnung, die Stärkung der Tierschutzpädagogik in Kindergärten und Schulen oder die Förderung

von Vegetarismus und Veganismus. Trotzdem ist ein Meilenstein für den Tierschutz geschaffen worden, unsere langjährige politische Arbeit zahlt sich nunmehr aus.

Warum ist das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine so wichtig? Ein Klagerecht haben bisher nur die betroffenen Tierhalter, beispielsweise gegen Tierschutzauflagen. Tierexperimentatoren können gegen die zuständige Behörde klagen, wenn diese eine beantragte Genehmigung zu Tierversuchen verweigert, wie das bei dem Bremer Hirnforscher Prof. Dr. Andreas Kreiter der Fall war. Die Genehmigungsbehörde hatte diese Versuche an Affen im Jahr 2008 aus ethischen Gründen für nicht gerechtfertigt gehalten, die Gerichtsverhandlungen laufen bis heute. Oder Tierhalter können klagen, wenn ihnen Tiere wegen schlechter Bedingungen entzogen werden sollen. Tierschutzorganisationen ist es dagegen verwehrt, bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz Klage zu erheben oder Widerspruch gegen ein Gerichtsurteil einzulegen. Sie erhalten nicht einmal Akteneinsicht. Bislang ist es auch nicht möglich, die Rechtmäßigkeit eines Tierversuchs oder die Einhaltung tierschutzrechtlicher Bestimmungen in der Nutztierzucht gerichtlich überprüfen zu lassen. Es besteht also ein juristisches Ungleichgewicht.

Bremen war das erste Bundesland, das im Jahr 2007 die Tierschutz-Verbandsklage einführt. Das Saarland und Nordrhein-Westfalen legten in diesem Jahr bereits Entwürfe vor, in Rheinland-Pfalz ist es – wie in Baden-Württemberg – in Vorbereitung. Endlich herrscht Aufbruchstimmung! Die *CDU*-geführten Länder und die Bundesregierung können nicht mehr lange abseits stehen und die berechtigten Forderungen der Tierschützer ablehnen.

In Baden-Württemberg müssen wir die große Chance des Regierungswechsels nutzen und unsere politische Tierschutzarbeit intensivieren. Aber hierzu benötigen wir Ihre Unterstützung! Bitte helfen Sie mit, neue Mitglieder für unseren Verein zu gewinnen, denn je mehr Mitglieder wir haben, desto größer ist unser politischer Einfluss. Ebenso sind wir für Spenden für unsere Tierschutzarbeit dankbar, denn die vielen Tierschutzaufgaben erfordern ein immenses Engagement und können nicht mehr allein auf ehrenamtlicher Basis erledigt werden. Es besteht große Hoffnung, dass der Tierschutz immer mehr an Stellenwert zunimmt. Wir alle können dazu beitragen!

Ihre 
Ingeborg Livaditis
Vorsitzende

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 26.03.2011

Endlich konnten wir in diesem Jahr unseren ersten Infostand abhalten. Die vorher geplanten Termine fielen alle wegen zu schlechten Wetters aus. Dabei stand die Landtagswahl in Baden-Württemberg bevor, zu der wir Flugblätter mit den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien erstellt hatten. Jetzt gelang es uns gerade noch, diese einen Tag vor der Wahl zu verteilen. Auch an diesem Samstag war das Wetter nicht gerade einladend, und wir wurden tatsächlich von einem Regenschauer

überrascht. Vorsichtshalber hatten wir unsere große Plastikplane dabei, die wir schnell über den Infotisch und die Plakatständer warfen. Die Passanten, die gerade unterschreiben wollten, schlüpfen unter die Plane, um doch noch ihre Unterschrift zu leisten. Immerhin konnten wir insgesamt 412 Unterschriften sammeln zu den Themen Masthühner, Mastkaninchen, Tiertransporte, zur Katzenschutzverordnung und gegen Tierversuche für Kosmetika. In der Spendendose waren 70 Euro.



1. Reihe: Felix-Frieder Zschoche
2. Reihe von links: Ingeborg Livaditis, Ingrid Schneider
3. Zeile von rechts: Ingrid Böll, Evi Gatz

1. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Coryn Weber-Castoldi
2. Reihe: Coryn Weber-Castoldi,
3. Reihe von links: Sarah Feesenmayr, Alex Lunkenheimer *



Fotos: W. Livaditis und * Evi Gatz

Teilnahme an der Demo *Frankfurt pelzfrei* am 26.03.2011

Beate Häberle, Markus Sieker, AG Schwäbisch Hall

Es war ein beeindruckender Zug von ca. 1.000 Teilnehmern, der seinen Weg durch Frankfurts Innenstadt bahnte. Vom „schwarzen Block“ mit ungefähr 100 Demonstranten hin zu einer tollen Clowntruppe, die den Zug den kompletten Weg über begleitete, vom schweigenden, plakattragenden Einzelaktivisten über die Sambatruppe bis zu den „Schülern für Tiere“ – die ganze Palette der Tierrechtsbewegung war vor Ort.

Warum dieser bunte und friedliche Lindwurm in Frankfurt immer von solch einem immensen Polizeiaufgebot begleitet wird? Keine Ahnung! Ein paar weniger Einsatzkräfte hätten es auch getan.

Während des Demozugs wurde vor allem an den Pelzgeschäften wie *Max Mara* und *Zara* Halt gemacht. Laut und vielstimmig schallte es durch die Stadt: „Pelz ist Mord“, „Nur ein Tier kann Pelz mit Würde tragen“

und manch andere Ansage.

Die Demonstration war trotz des Mottos nicht nur gegen die Pelzindustrie gerichtet, sondern gegen die Ausbeutung der Tiere im Allgemeinen. Deswegen machte der Demozug auch in diesem Jahr wieder Stopp vor einigen Filialen des Steakhauses *Maredo* oder *Burger King*.

Ganz ruhig wurde es gegen Ende der Demo beim Redebeitrag der „Schüler für Tiere“; Stille herrschte beim Vorlesen und schweigende Betroffenheit nach dem Vortrag – soviel Ruhe gibt es bei einer solchen Demo selten.

An der Hauptwache, dem Ausgangs- und Zielort des Demonstrationzugs, hatten viele Tierrechtsgruppen und Vegan-Versandfirmen Stände aufgebaut und boten Informationsmaterial und Speisen an, die viel Anklang fanden.

Gut war's, richtig gut – wir werden nächstes Jahr wiederkommen, denn wie rief doch einer der Trommler der Sambatruppe immer wieder: „Wir machen Frankfurt pelzfrei – und morgen die ganze Welt!“



Foto: TierrechtsInitiative Rhein-Main

Demonstration für rumänische Straßenhunde in Stuttgart am 12.04.2011

Jason Tayron Hoffmann, AG Stuttgart, 12 Jahre

Ich habe an der Demonstration für rumänische Straßenhunde teilgenommen, weil mir die Tiere sehr am Herzen liegen und weil ich sehr hoffe, dass die Menschen, die so grausam und böse zu den Tieren sind, sich endlich mal nach langer Zeit ändern und intelligenter werden. Schließlich braucht man keine bösen Menschen, die Tiere einfach so umbringen, und meist sehr qualvoll.

Ich möchte damit erreichen, dass es den Tieren endlich mal besser geht und sie eine Chance bekommen, ein schönes Leben hier auf der Erde zu haben.

Ich frage mich, warum die heutigen Menschen eigentlich noch immer so gemein zu den Tieren sind, obwohl die Tiere ihnen gar nichts getan haben und den Menschen nie etwas tun würden! Das kann ich nicht verstehen!

Die Tiere sind doch auch Gottes Geschöpfe wie wir und haben das gleiche Recht wie wir Menschen verdient, denn Gott liebt die Tiere wie uns Menschen. Schließlich würden die Menschen auch nicht wollen, dass das, was sie den Tieren tun, an ihnen gemacht wird, oder?

Ich fand es toll, dass drei besondere Leute da waren wie die Evi Gatz von unserem Tierschutzstand und von unserem Tierheim am Kugelberg in Ludwigsburg die Frau Gericke und die Marina. Ich selbst war mit meiner Mama und meiner Tante Carmen dort. Insgesamt waren aber nur ca. 50 Leute da, die mit uns demonstrieren haben, das fand ich sehr schade.

Ich habe gesehen, dass einer von den Rumänen, der oben am Fenster stand, mit der Hand so eine abneigende Bewegung zu uns gemacht hat. Ich hätte mir gewünscht, dass dieser Rumäne den Daumen zu uns nach oben gestreckt und versucht hätte, an der Sache was zu ändern.



Xenia und Jason Hoffmann

Xenia Hoffmann (Jasons Mutter)

Für Jason ist der Tierschutz wirklich ein Herzensanliegen. Kürzlich verteilte er an seiner Schule viele Aufkleber gegen die Massentierhaltung und sammelte selbständig Unterschriften zur Postkartenaktion gegen die Tübinger Affenversuche, die er an Minister Köberle schickte. Als er ein Referat zu Rindern oder Schweinen schreiben sollte, entschied er sich im Gegensatz zu den anderen Schülern zur Beschreibung der artwidrigen Haltungsbedingungen von Schweinen. Diese verdeutlichte er mit Fotos aus dem Internet. Als Positivbeispiel führte er Wildschweine an und wie diese sich in ihrer natürlichen Umgebung wohlfühlen.

Jason wurde übrigens am 17.03.2011 zusammen mit weiteren „verdienstvollen“ Personen vom Freiburger Bürgermeister für sein Engagement gegen Tierversuche zu einer Feierstunde eingeladen.

Jason verdient auch von uns ein dickes Lob!



Foto: Erwin Pristl



Fotos: Evi Gatz

Hintergrundinformation zu Straßenhunden in Rumänien

Marie-Luise Strewe, Stellv. Vorsitzende

In den letzten zehn Jahren wurden in Rumänien entgegen bestehender Tierschutzgesetze Hunderttausende von Straßenhunden getötet. Viele Hunde wurden (und werden) in illegalen Vernichtungsaktionen gejagt, gequält, totgeschlagen, erstochen, stranguliert, über die Straßen geschleift und wie Müll entsorgt.



Eingefangene Hunde werden in heruntergekommenen kommunalen „Tierheimen“ häufig ohne Wasser und Nahrung zusammengepfercht, bis sie schließlich nach einer gewissen Verwahrungsfrist mit den billigsten Mitteln „euthanasiert“ werden. Häufig bedeutet dies Tod durch Verhungern, Vergiften, Erhängen, Verbrennen bei lebendigem Leib oder die Injektion von Magnesiumsulfat. Die meisten öffentlich finanzierten Tierheime waren und sind illegale Tötungsstationen, geführt durch schlecht ausgebildetes, unterbezahltes und brutales Personal.

Die bisher praktizierten Maßnahmen haben völlig versagt, die Straßen sind nach wie vor bis an die Grenze der Belastbarkeit mit Straßenhunden überfüllt.

Die Gründe für die gegenwärtige Situation

Die den Vernichtungsaktionen entkommenen unkastrierten Tiere vermehren sich weiterhin unkontrolliert und können innerhalb weniger Jahre zig Tausende von Nachkommen zeugen. Einige wenige Städte führen zwar erfolgreich Kastrationsprogramme mit anschließender Rückführung ins Rudel durch, aber die meisten nutzen nach wie vor die Widersprüche und Unklarheiten der aktuellen Gesetzgebung aus, um Hunde zu töten oder zu entsorgen (wie kürzlich in Botosani und Rasnov unter dem Vorwand eines Seuchenausbruches). Auch die verantwortlichen Tierschutzbehörden sind wenig motiviert, die bestehenden Gesetze durchzusetzen und Tierquälerei zu verhindern. „Catch & Kill-Programme“ haben sich auf Kosten der Steuerzahler zu einem lukrativen Geschäft für die Städte und die daran beteiligten Personen (Hundefänger, Mitarbeiter der Tierheime, Veterinäre etc.) entwickelt. Unsummen von öffentlichen Geldern fließen in das korrupte, ineffektive und brutale „Management“ der Straßenhunde und verschwinden in dunklen Kanälen.



Fotos: ETN/bmt Pfullingen

Auch die Bevölkerung trägt – unabsichtlich – zur gegenwärtigen Situation bei. Die Mehrheit der rumänischen Bevölkerung ist Tieren,

auch Straßenhunden gegenüber zwar freundlich eingestellt, den meisten Menschen fehlt jedoch das Geld, die Möglichkeit und das Wissen, sich verantwortungsbewusst um ihre eigenen Hunde zu kümmern. So werden die Tiere – häufig angekettet – fast immer im Freien gehalten und weder kastriert noch sterilisiert.

Das rumänische Tierschutzgesetz

Bis zum Jahre 2001 gab es in Rumänien keinerlei Tierschutzgesetz, auch keine Regelung für Straßenhunde, und das obwohl auch Rumänien die Europäische Konvention zum Schutz von Haustieren unterzeichnet hatte. Ab 2001 wurde dann der Schutz auf die Straßentiere ausgeweitet. Durften sie anfänglich nach sieben Tagen Verwahrung in städtischen Heimen generell getötet werden, so galt ab 2004, dass sie entweder vermittelt oder Tierschutzorganisationen übergeben werden sollten. **2008 wurde das Töten von gesunden Hunden und Katzen dann grundsätzlich verboten und Tierquälerei unter Strafe gestellt.** Schon im Jahr 2007 war ein Gesetzesentwurf (PL912) ausgearbeitet und von einer der zwei Kammern des rumänischen Parlaments, dem Senat, angenommen worden, der eine humane Lösung des Streunerproblems vorsah:

- Sterilisierung, Impfung, Identifizierung der Streuner durch Clip oder Mikrochip und Registrierung in einer nationalen Streunerdatenbank, anschließende Freisetzung im angestammten Territorium bzw. die Unterbringung in Heimen bis zur Vermittlung.
- Sterilisierung, Identifizierung und Registrierung von Heimtieren, Unterbringung ausgesetzter und konfiszierter Tiere in staatlichen Bezirks-Tierheimen.

Die Abgeordnetenkammer blockierte die Abstimmung über diesen Entwurf jedoch bis zum Jahr 2010. Der Grund dafür war, dass die Annahme dieser Gesetzesvorlage den einträg-

lichen Geschäften gewisser Kreise ein Ende gemacht hätte. Auf Druck der demokratisch-liberalen Partei *PD-L*, die politisch rechts der Mitte steht und die Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung stellt, sollte der Gesetzentwurf durch das zuständige Komitee für öffentliche Verwaltung und ökologisches Gleichgewicht daher neu formuliert werden. Maßgeblich daran beteiligt waren der berühmte Hundefänger Barbulescu Flavius, der für die Tötung von 30.000 Hunden in acht Jahren verantwortlich ist, und der Präfekt von Bukarest, Mihai Atanasoaei.

Der neue Gesetzentwurf sah vor, die Masseneuthanasie wieder zu legalisieren. – Und das, obwohl laut einer Meinungsumfrage 70 Prozent der rumänischen Bürger gegen die Euthanasie der Hunde sind und sich für die Kastration als beste Lösung aussprechen! 74 Prozent lehnen die geplante Änderung ab, wonach sogar Menschen bestraft werden sollen, die Straßenhunde füttern.

Erstaunlicherweise würden die Zeitungen nicht über diese aktuelle Umfrage berichten, obwohl sie ihnen

vorliege. „Sie drucken weiter tendenziöse Artikel über die Gefahr von Straßenhunden“, so Carmen Arsene von der *Nationalen Tierschutzvereinigung Rumäniens*.

Das Tauziehen um das umstrittene Streuner-Gesetz

Nach heftigen Protesten von Tierschützern im In- und Ausland wurde der Gesetzentwurf teilweise wieder leicht „entschärft“. Die neue Variante sieht nun folgendermaßen aus:

- Die Streuner müssen von den Straßen entfernt und für mindestens 30 Tage in kommunalen Hundelagern untergebracht werden.
- Danach können die Lokalverwaltungen die Tötung kranker und/oder aggressiver Straßenhunde beschließen.
- Der restliche Tierbestand muss sterilisiert und zur Adoption freigegeben werden.
- Nach weiteren 30 Tagen steht es den Lokalbehörden frei, im Fall der nicht adoptierten Hunde de-

ren Freilassung, Beibehaltung in Hundelagern oder Euthanasierung anzuordnen.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen der Abgeordneten seit Anfang des Jahres, zu einer Einigung zu gelangen, wurde die Abstimmung nun auf das Ende der Ferienpause im September vertagt. Bis dahin soll eine Arbeitsgruppe mit zwei Vertretern des Tierschutzes, einem Veterinärinspektor, einem Kollegium von Tierärzten sowie Mitgliedern des Komitees für die öffentliche Verwaltung erneute Änderungen des Gesetzes diskutieren. Jeder öffentliche Druck bleibt daher weiterhin wichtig!

Aktion: Möglichkeiten zum Online-Protest finden Sie unter <http://eu-protest.aerztefuertiere.de>

Quellen u.a.:

Stray Animals Rights Society
bmt-Tierschutzzentrum Pfullingen
punkto.ro
Ärzte für Tiere e.V.

SWR1 Sendung: Thema heute „Tierversuche“ am 10.04.2011

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Über Evi Gatz lernte ich eine Reporterin des *SWR1*, Petra Wilhelm, kennen und konnte sie auf das Thema Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden aufmerksam machen. Das Thema fand ihr Interesse, zumal die Vergabe des Forschungspreises für Alternativmethoden durch das Landwirtschaftsministerium Baden-Württemberg anstand, das für Tierschutz zuständig ist. Frau Wilhelm war erstaunt, dass an der Universität Konstanz der erste bundesweite Lehrstuhl für Alternativmethoden eingerichtet worden war.

Wir freuen uns sehr darüber, dass die *SWR1*-Redaktion unseren Vorschlag aufgriff und Frau Wilhelm mit einer Reportage beauftragte. Die Journalistin konnte an der

Preisverleihung am 29.11.2010 im Ministerium die ersten Kontakte mit Wissenschaftlern knüpfen und sich über die neuen Verfahren der Preisträger informieren. Am Sonntag, dem 10.04.2011, ging ihr Beitrag dann auf Sendung.

Für die Dokumentation blickte sie hinter die Kulissen der Tierversuchsanlagen und besuchte unter anderem Forschungsstätten in Tübingen. Dort führte sie Interviews mit Wissenschaftlern, die Hirnversuche an Affen durchführen. Natürlich verteidigten die Tierexperimentatoren die Versuche nicht nur auf ihrem Gebiet, sondern auch zur Testung von Medikamenten als unverzichtbar.

Zum Thema Alternativmethoden sprach Frau Wilhelm mit dem Leiter des Lehrstuhls für Alternativmethoden zu Tierversuchen in Konstanz,

Prof. Dr. Marcel Leist, über seine modernen tierfreien Forschungen. Prof. Leist ist gleichzeitig einer der beiden Preisträger für Alternativmethoden von 2010.

Zu Wort kamen auch Vertreter von Tierschutzorganisationen, darunter unsere Stellvertretende Vorsitzende Silke Bitz als Sprecherin der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche*, und ich selbst. Wir konnten darlegen, warum aus unserer Sicht die Ergebnisse aus Tierversuchen nicht auf den Menschen übertragbar und zudem ethisch nicht vertretbar sind. Behandelt wurden auch die neuesten EU-Richtlinien zu Tierversuchen.

Die Reportage war neutral gehalten, fiel aber für den Tierschutz sehr positiv aus. Leider waren die Redebeiträge mit nur einer Viertelstunde für das Thema sehr kurz.

16. April 2011: Landesverband *Menschen für Tierrechte* lädt zu Osteraktion auf dem Stuttgarter Schlossplatz ein

Unsere Pressemitteilung vom 14.04.2011

Das Osterfest ist für die *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* Anlass, seinen Mitbürgern die Vorzüge der vegetarischen oder veganen Ernährung aufzuzeigen. Am 16. April 2011 können sich Interessierte von 11 bis 18 Uhr an den Infoständen und Plakatwänden über verschiedene Tierschutzthemen und insbesondere über die Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und einer fleischfreien Lebensweise sowie über Tierversuche und tierversuchsfreie Forschungsmöglichkeiten informieren.

Der Verein hält in der Ernährung einen Wandel für dringend erforderlich. Er appelliert nicht nur aus tierschutzrelevanten und ökologischen Gründen für eine vegetarische oder vegane Ernährung, sondern auch aus sozialen und gesundheitlichen Aspekten. Neben den oftmals quälenden und nicht hinnehmbaren Bedingungen, in denen Schweine, Rinder, Hühner und andere Tiere bis zu ihrer Tötung ausharren müssen, verweist die Vorsitzende, Ingeborg Livaditis, darauf, dass zur Erzeugung von nur einem Kilogramm Fleisch bis zu 15 Kilogramm Getreide oder Sojabohnen verwendet werden, was sinnvoller hungern Menschen zur Verfügung gestellt werden sollte. Hinzu komme der enorme Wasserbedarf: Um nur fünf Kilogramm Fleisch herzustellen, wird so viel Wasser benötigt wie zwei Personen im Haushalt in einem ganzen Jahr verbrauchen (ca. 100.000 Liter). Für ein Kilogramm Weizen würden 50 Liter reichen. Beziehe man die zur Erzeugung der Nahrung erforderliche Wassermenge ein, verbrauche ein einziger Fleischesser bei einem Anteil tierischer Nahrung von nur 20 % weit über eine Million Liter Wasser pro Jahr. Ein Vegetarier komme mit der Hälfte der Wassermenge aus. Was der Fleischkonsum für die Gesundheit bedeutet, ist nach Aussage des Vereins schon lange bekannt. So stehe eine fleischreiche Ernährung im Zusammenhang mit einem Drittel aller Krebserkrankungen.

Der Verein sieht seine Forderung nach einer Kehrtwende in Richtung einer bewussteren, fleischfreien Ernährung in einer aktuellen Studie der Vereinten Nationen be-

stärkt, die besagt: „Eine wirkliche Reduktion der negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima ist nur möglich durch einen weltweiten Wandel der Ernährung weg von tierischen Produkten“.

Nach Ansicht der Vorsitzenden ist diese politische Einsicht ein Schritt in die richtige Richtung. Sie ermahnt aber gleichzeitig, dass den Worten auch Taten folgen müssten, beispielsweise durch Unterstützung eines fleischfreien Tages pro Woche. Seine Mitmenschen ermuntert der Landesverband mit leckeren Rezeptvorschlägen, die an der Osteraktion verteilt werden, die Osterzeit zum Anlass zu nehmen, mit einem vegetarischen oder veganen Ostermenü nicht nur sich selbst Gutes zu tun, sondern damit auch gleichzeitig zum Tierschutz beizutragen.

Außerdem kritisieren die Tierrechtler die mangelnde Übertragbarkeit von Ergebnissen aus Tierversuchen auf den Menschen. Die auf Tierversuchen basierende Forschung sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass in Deutschland jährlich rund 58.000 Menschen an den Folgen von Arzneimittelnebenwirkungen sterben – sämtliche Arzneimittel wurden zuvor aufgrund von umfangreichen Tierversuchen für sicher befunden. Mit tierversuchsfreier Forschung, beispielsweise durch kombinierte Tests an menschlichen Zellen und ausgefeilten Computersimulationen, ließen sich hingegen verlässliche, für den Menschen brauchbare Erkenntnisse erzielen.

Weitere Informationen:

Infoblatt „Klimaschutz durch Tierschutz“
<http://www.tierrechte-bw.de/images/stories/pdf/Infomaterial/klimaschutz2011.pdf>

Infoblatt „Wer die Wahl hat ... hat die Macht – Tierschutz beim Einkauf“
<http://www.tierrechte-bw.de/images/stories/pdf/Infomaterial/tierschutzbeimeinkauf.pdf>

Bericht der Vereinten Nationen, 2010, Assessing the Environmental Impacts of Consumption and Production
http://www.unep.org/resourcepanel/documents/pdf/PriorityProductsAndMaterials_Report_Full.pdf



Links: Evi Gatz



Von rechts: Ingrid Böll, Ingrid Schneider

Durch die Veranstaltung der Stuttgart 21-Gegner herrschte auf dem Schlossplatz ein reges Treiben, das sich auch bei uns niederschlug.



Wir konnten insgesamt 637 Unterschriften zu diversen Tierschutzthemen sammeln und 108 Euro an Spenden einnehmen.



1. Reihe links: Angelika Burkhart
2. Reihe links: Dagmar Oest
3. Reihe links: Ingeborg Livaditis
4. Reihe rechts: Alex Lunkenheimer

1. Reihe von rechts: Sarah Feesenmayr, Dagmar Oest
2. Reihe: von rechts: Xenia und Jason Hoffmann
4. Reihe: Ingeborg Livaditis als Huhn beim Verteilen von vegetarischen Rezepten

Fotos: Wolfgang Livaditis

Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April Landesverband Menschen für Tierrechte tritt für Stärkung tierversuchsfreier Forschung ein

Unsere Pressemitteilung vom 21. April 2011

Zum diesjährigen Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April 2011 kritisiert der Landesverband Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V., dass trotz aller politischer Versprechungen, Tierversuche zumindest zu reduzieren, das Gegenteil der Fall ist. Im Jahr 2009 mussten laut aktueller Statistik der Bundesregierung rund 2,8 Millionen Ratten, Mäuse, Fische, Affen, Katzen, Hunde und andere Tiere in deutschen Labors leiden und sterben, Tendenz seit Jahren massiv steigend.

Der Verein sieht eine sofortige Abkehr vom veralteten und unzuverlässigen System Tierversuch mehr denn je als zwingend erforderlich an. „Trotz der immens steigenden Tierversuchszahlen nehmen Zivilisationskrankheiten zu, und immer wieder werden tiergetestete Arzneimittel wegen schwerer Nebenwirkungen beim Menschen vom Markt genommen“, so die Vorsitzende des Landesverbands, Ingeborg Livaditis. Dies zeige deutlich, dass der Tierversuch neben seiner ethischen Unvertretbarkeit wissenschaftlich vollkommen in die Irre führt.

Der Anstieg der im Tierversuch verwendeten Tiere ist größtenteils auf die gentechnische Forschung zurückzuführen, die eine hohe Anzahl von Tieren verbraucht. In diesem Bereich werden verschiedene Fragestellungen untersucht, die gar nicht darauf abzielen, für den Menschen anwendbare Ergebnisse hervorzubringen. So werden im Rahmen dieser per Definition zweckfreien Forschung beispielsweise Tiere mit Gendefekten und künstlichen Krankheiten erzeugt und auf gleiche Weise wieder beseitigt.

Für besonders kritikwürdig hält der Tierrechtsverein auch die an drei Tübinger Instituten praktizierten Versuche am Hirn von Affen. Die Tiere müssen dort mit fixiertem Kopf unter Durstqualen stundenlang am Bild-

schirm Aufgaben lösen, weil sich die Forscher dafür interessieren, wie ein Affe auf Gesichter reagiert oder wie sein Zählvermögen ist. In Bremen, Berlin und München wurden vergleichbare Versuche von den Genehmigungsbehörden aus ethischen Gründen und mangels medizinischen Nutzens abgelehnt.

Die Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg treten dafür ein, dass diese Tierversuche unverzüglich verboten werden. Denn eine wirklich gewinnbringende medizinische Forschung ist nach Ansicht des Landesverbandes erst dann erreicht, wenn jeglichem abstrusen Forschungsprojekt ohne medizinische Relevanz der Riegel vorgeschoben und der Schwerpunkt auf gezielte menschenbezogene Forschung gelegt wird. So fordert der Verein, dass die modernen tierversuchsfreien Methoden viel stärker ausgeschöpft und anstelle des Tierversuchs verbindlich angewandt werden. Dabei setzen die Tierrechtler große Hoffnung in die neue Landesregierung, denn die *Grünen* versprachen in ihrem Wahlprogramm mehr Fördermittel für tierversuchsfreie Forschung einzusetzen. Die *SPD* antwortete auf die Fragen des Vereins zur Landtagswahl, dass die Partei seit langem dafür eintreten würde, die Entwicklung von Alternativmethoden zum Tierversuch zu forcieren und auch staatlich zu fördern. Wissenschaftliche Förderprogramme sollten sich daran orientieren, dass Forschung ohne Tierversuche stattfindet.

Der *Internationale Tag zur Abschaffung der Tierversuche* wird jedes Jahr weltweit um den 24. April begangen und macht auf das Leid der Tiere in den Labors aufmerksam. Der Gedenk- und Aktionstag wird genutzt, um sich für eine ethische Forschung ohne Tierversuche auszusprechen. Er wurde erstmals 1979 begangen und geht auf den Geburtstag von Lord Hugh Dowding zurück, der sich im Britischen Oberhaus für den Tiererschutz und die Abschaffung von Tierversuchen einsetzte.

Großveranstaltung zur Abschaffung der Tierversuche in Hamburg

Die bundesweite Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* hatte dieses Jahr in Hamburg zum *Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche* aufgerufen. Die Großveranstaltung mit rund tausend Teilnehmern wurde gemeinsam mit dem Verein *Bürger gegen Tierversuche* und der *Lobby pro Tier* Mienenbüttel durchgeführt.

Es gab ein umfangreiches Pro-

gramm mit Demozug durch die Innenstadt. Die dreistündige Kundgebung fand auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz statt. Sprecherin war u.a. Prof. Dr. Dr. med. Birgit Völlm, die während ihres Studiums gegen den Tierverbrauch an ihrer Uni geklagt und als erste Studentin in Deutschland 1992 einen solchen Prozess gewonnen hatte. Ein weiterer hochkarätiger Redner war Dr. Bernhard Ram-

beck, Vorstandsmitglied der *Ärzte gegen Tierversuche*. Die Proteste richteten sich gegen alle Tierversuche, speziell aber gegen die im Hamburger *Labor für Pharmakologie und Toxikologie (LPT)* stattfindenden Vergiftungsversuche an vielen Tierarten, bis hin zu Affen. Zwischen den Redebeiträgen spielten verschiedene Musikbands. Zahlreiche Infostände boten ausführliches Material an.

Unsere AG Schwäbisch Hall bei *Radio StHörfunk*

Beate Häberle, Markus Sieker,
Aktionsgruppe Schwäbisch Hall

Am 02.05.2011 lief bei Radio *StHörfunk* in Schwäbisch Hall im Rahmen der Sendung *StHörfleck* wieder eine Tierschutz-Sendung, dieses Mal unter dem Titel „**Traurige Wahrheiten über das „Lebensmittel Tier“**“. Die Sendung wurde komplett von vier Jugendlichen aus dem Landkreis Heilbronn gestaltet. Technische Hilfe erhielten sie von unseren Aktiven der AG Schwäbisch Hall.

Hier ist ihr Bericht:

Wir, Tabea Jillich, Rahel Sartorius, Kyra und Sofia Lenoudias, haben uns im Dezember 2010 getroffen, um die Sendung vorzubereiten. Sofia und Rahel sind Vegetarierinnen. Auch wenn Kyra und Tabea keine sind, setzen sie sich für Tiere und ihr Wohlbefinden ein. Freunde der Familie Lenoudias sind sehr im Verein *Menschen für Tierrechte. Tierversuchgegner Baden-Württemberg e.V.* engagiert. Diese haben uns gefragt, ob wir eine Sendung gestalten wollen.



Foto: Beate Häberle

In der Sendung sprachen wir über Massentierhaltung und Fleischkonsum. Wir erzählten, wie schlecht es Kuh und Schwein vor und während der Schlachtung geht. Als wir uns zur Vorbereitung mit dem Thema befassten und immer genauer erfuhren, wie es wirklich zugeht, waren wir sehr schockiert.

Daher war unser zweites Thema, wie man den Tieren unnötiges Leid ersparen kann. Wir wollten dadurch

erreichen, dass Leute darüber nachdenken, was sie überhaupt kaufen, essen und wie das Leben der Tiere aussah, bevor sie geschlachtet wurden und auf den Tellern landeten.

Trotz des schrecklichen Themas hat es uns sehr viel Spaß gemacht, diese Sendung aufzunehmen. Eine zweite Sendung ist für uns eventuell im Jahr 2012 geplant.

Unsere nächste Sendung lief erstmals am 26.06.2011, und als Wiederholung wie immer an den darauf folgenden Tagen. Dieses Mal wählten wir das Thema „**Tiere befreien**“.

Am Anfang unserer Sendung stellten wir zunächst die Frage: „Tierbefreiung – was ist darunter eigentlich zu verstehen?“ Wir haben hier zwischen „Tierbefreiung im engeren Sinn“ und „Tierbefreiung im weiteren Sinn“ unterschieden. Dazu einige wenige Sätze aus unserer Sendung:

„Tierbefreiung im engeren Sinn“ setzt zunächst einmal Gefangenschaft, Eingesperrtsein von Tieren voraus. Gefangen gehalten werden Tiere zum Beispiel in Versuchslaboren, in Pelzfarmen, in Mastanlagen, im Zirkus oder Zoo. Dort wird ihnen unvorstellbare Gewalt angetan. Mit sogenannten direkten Aktionen versucht man Tiere aus der Gefangenschaft zu befreien.

Das Ziel der „Tierbefreiung im weiteren Sinn“, das über die direkten Aktionen hinausgeht, ist das Recht und die Freiheit der Tiere auf ein uneingeschränktes und selbstbestimmtes Leben. Damit einher geht das Recht und die Freiheit des Menschen auf ein ebensolches Leben ohne Diskriminierung und Unterdrückung. Soviel zur Begrifflichkeit.

In unserer weiteren Sendung haben wir uns auf die Tierbefreiung im Sinne der direkten Aktionen konzentriert. Wir sind auf die Ursprün-

ge der Bewegung eingegangen und haben uns mit der *Animal Liberation Front*, kurz *ALF*, befasst.

Als Hauptquelle für unsere Sendung diente ein im Jahr 2003 erschienener Artikel des amerikanischen Philosophen Dr. Steven Best, Professor an der *University of Texas* in El Paso vom Dezember 2003, der erstmals auf Deutsch im Heft *Tierbefreiung* Nr. 44 im Jahr 2004 veröffentlicht wurde. Der Titel des sehr lesenswerten Artikels lautet: „**Warum unterstützt Du nicht die ALF?**“ Darin führt Best unter anderem aus, warum er Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Befreiung der Tiere für moralisch legitim hält, solange dabei keine Menschen verletzt oder getötet werden.



Beate Häberle und Markus Sieker

Foto: privat

Ganz wichtig war uns zu schildern, wie Tiere nach ihrer Befreiung leben. Deswegen haben wir verschiedene Geschichten von Lebenshöfen und deren vier- und zweibeinigen Bewohnern erzählt. Denn ohne die Menschen, die befreite Tiere aufnehmen, sie beschützen und ihnen bis an ihr natürliches Lebensende ein Zuhause geben, wären Tierbefreiungen nicht möglich.

Begleitet wurden unsere Wortbeiträge von der Musik von *Declan de Barra*, seine CD heißt „*Song for a thousand birds*“ („Lied für tausend Vögel“). Klasse!

Für Hörer, die sich intensiver mit dem Thema Tierbefreiung befassen möchten, gaben wir schließlich noch einige Literatur- und Filmhinweise. Keith Mann, Tierrechtsaktivist aus England, schrieb ein

autobiographisches Buch mit dem Titel *From Dusk 'till Dawn*, das auch Einblicke in die Geschichte der Tierrechtsbewegung gibt. Bisher erschien es allerdings nur auf Englisch.

Als Filme nannten wir: *Rebellen im Namen der Erde*, unter anderem mit Paul Watson, Begründer der Walschutzorganisation *Sea Shepherd*, der Anfang Februar dieses Jahres auf ARTE lief, und: die englischsprachige Dokumentation *Behind the mask – the story of people who risk anything to save animals*, auf Deutsch: *Hinter der Maske – die Geschichte der Menschen, die alles riskieren, um Tiere zu retten*. Darin werden auch Undercover-Bilder, beispielsweise aus Versuchslabors, gezeigt. Wenn man die Bilder sieht, versteht man,

warum Menschen sich hinter die Maske begeben und Tiere befreien.

Zum Schluss spielten wir ein Lied der CD *Überlebenstraining* vom deutschen Tierrechtler und Rapper *Albino*, das auf einer Rede Rudi Dutschkes basiert. Es macht Mut und gibt Energie, für die Rechte der Tiere zu kämpfen.

Es war für uns interessant, sich einmal mit dieser Art von Tierbefreiungen zu befassen.

Anmerkung der Redaktion: Wir halten diese direkten Tierbefreiungen allerdings für nicht geeignet, das System der Tiernutzungen grundlegend zu ändern.

Unsere Sendungen werden von

radio flora aus Hannover übernommen und laufen monatlich mit jeweils zwei Wiederholungen. Die Themen waren bisher:

Februar: Veganes Leben

März: Schlachthofbericht

April: Jagd

Mai: Tierversuche

Juni: Katzenschutzverordnung

Juli: Pelz

Im August folgt eine Sendung über Tierschutzbücher. Im September ist das Thema „Jägermentalität“ geplant.

Zwischenzeitlich sind unsere Produktionen auch im *Radio Ludwigsburg* zu hören.

Nähere Informationen unter:

<http://www.radio-ludwigsburg-bw.de>

Stuttgart: Grün-Rot führt Tierschutz-Verbandsklage ein

Gemeinsame Pressemitteilung
mit unserem Bundesverband vom 12.05.2011

Für den Bundesverband *Menschen für Tierrechte* und seinen Landesverband Baden-Württemberg beginnt mit der heutigen Wahl des Ministerpräsidenten Kretschmann der Countdown zur Umsetzung des Koalitionsvertrags. Dieser enthält zwei hochrangige Forderungen der Tierrechtler – die Einführung der Tierschutz-Verbandsklage und das Amt eines Tierschutzbeauftragten.

„Seit der Tierschutz 2002 in die Verfassung aufgenommen wurde, haben wir für das Klagerecht und einen Tierschutzbeauftragten hart gekämpft. Die *Grünen* waren von Anfang an auf unserer Seite, später auch die *SPD*. Jetzt müssen die Koalitionsvereinbarungen zügig umgesetzt werden“, so Ingeborg Livaditis, Vorsitzende der *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg*.

Weitere Kernforderungen der *Menschen für Tierrechte* – die Reduktion der Tierversuche und die Förderung tierversuchsfreier Verfahren – stehen ebenfalls im

Koalitionsvertrag. „Baden-Württemberg hat als einziges Bundesland einen Lehrstuhl für tierversuchsfreie Verfahren, das freut uns sehr. Aber in Tübingen finden noch immer leidvolle Affenversuche für die Hirnforschung statt. Hier erwarten wir, dass die Behörde so wie in Berlin, Bremen und München die Versuchsgenehmigung verweigert“, so Kurt Simons, Vorsitzender des Bundesverbandes *Menschen für Tierrechte*.

Die grün-rote Landesregierung will außerdem eine tiergerechte Nutztierhaltung fördern, Tierheime unterstützen sowie das Jagd- und Fischereigesetz stärker am Tierschutz ausrichten.

Nach Ansicht der Tierrechtler wird Baden-Württemberg mit der Umsetzung seines Tierschutzprogramms eine führende Rolle unter den Bundesländern einnehmen.

Koalitionsvertrag und Wahlaussagen zur Landtagswahl Baden-Württemberg:
www.tierschutzwatch.de

Unsere Facebook-Seite

Unsere Facebook-Seite, die von Evi Gatz betreut wird, erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Das liegt nicht zuletzt an den netten „Muntermachern“ zum Tagesanfang, den Gute-Nacht-Wünschen und der Prise Humor, die sie trotz aller entsetzlichen Tierschutzmeldungen ver-

breitet.

Zum 1. April brachte sie die Meldung, dass wir uns überlegen würden, ob wir mit unserer *Facebook*-Seite überhaupt gut ankommen oder diese wieder schließen sollten. Der Co-Admin *Einstein* (Insider wissen, dass das einer ihrer Kater ist) wür-

de das zwar nicht so gut finden, aber . Damit hat Evi Gatz unseren „Freunden“ einen ganz schönen Schrecken eingejagt, wie die vielen sofort einsetzenden Kommentare bezeugten. April! April!

Anfang Juli hatten wir bereits über 2.000 „Freunde“.

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 14.05.2011

Themen: Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden, Intensivtierhaltung, Vegetarismus/Veganismus
 Unterschriftenlisten zu Mastkaninchen, Tiertransporten, Masthühnern, Tierversuchen, Stoppt Affenqual in Tübingen



1. Reihe links: Angelika Burkhardt
 2. Reihe von links: Edis Kayalar, Xenia Hoffmann
 4. Reihe links: Coryn Weber-Castoldi

1. Reihe von rechts: Evi Gatz, Xenia Hoffmann
 3. Reihe rechts: Ingeborg Livaditis

Fotos: W. Livaditis

Treffen der Aktionsgruppe Schwäbisch Hall mit SPD-Abgeordnetem Nikolaos Sakellariou MdL

Anita Renner, AG-Leiterin

Zu Beginn der Landtagswahl in Baden-Württemberg hatte der SPD-Abgeordnete Sakellariou eine Zeitungsanzeige geschaltet, in der er ankündigte, gerne zu Vereins- oder Gruppentreffen zu kommen. Diese Gelegenheit ließ ich mir nicht entgehen und bat seine Sekretärin um einen Termin zu unserem AG-Treffen. Am 12.05.2011 war es dann soweit. Unser hochkarätiger Besuch traf pünktlich ein und nahm sich für unser Anliegen sogar ca. zweieinhalb Stunden Zeit.

Wir hatten uns auf das Treffen in Arbeitsteilung sehr gut vorbereitet: Zuerst gab ich einen Überblick zu unserem Verein und unserer Aktionsgruppe, die inzwischen 15 Aktive umfasst. Als Ziel unserer Tierschutzarbeit nannte ich die Etablierung einer Kultur der Tierrechte in der Gesellschaft und überreichte ihm unsere Satzung sowie die Grundsatzerklärung der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.*

Dann berichteten die AG-Mitglieder über ihre Schwerpunktthemen, in die sie sich – nicht zuletzt durch unsere Rundfunksendungen – eingearbeitet hatten:

Gudrun Eberhard referierte über das **Verbandsklagerecht** am Beispiel der noch immer bestehenden Stall-

pflicht für Geflügel seit der Vogelgrippe.

Torsten Pasler sprach zum Thema **Jagd**.

Markus Sieker setzte sich für eine **Finanzierung der Tierheime** durch Gemeinden und Städte ein.

Gudrun Eberhard plädierte außerdem dafür, die Fördermittel für tierexperimentelle Forschung zu Gunsten **tierversuchsfreier Forschung** umzuschichten.

Beate Häberle und Markus Sieker war die Förderung der vegetarischen/veganen Lebensweise ein Anliegen und die **Einführung eines fleischfreien Tages** in Kantinen, Schulen Krankenhäuser und den öffentlichen Verwaltungen.

Zum Schluss führten wir an, dass wir aus Datenschutzgründen kein Recht darauf hätten, über den Erfolg unserer Meldungen an die Veterinärbehörden oder die Polizei zu Missständen in Tierhaltungen Auskunft zu bekommen, was wir sehr bedauerten.

Herr Sakellariou war über unseren Kenntnisstand zu den einzelnen Themen sichtlich überrascht und machte sich auch Notizen. Natürlich hoffen wir, dass er unsere Informationen und Wünsche für einen verbesserten Tierschutz in seine politische Arbeit einbringt. Wir lassen uns – hoffentlich positiv – überraschen, werden ihn aber gegebenenfalls daran erinnern.



Links vorne: Nikolaos Sakellariou MdL

Foto: Markus Sieker

Zur Person des Abgeordneten Nikolaos Sakellariou MdL:

Von Beruf ist er Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht. Seit 2001 vertritt er den Wahlkreis Schwäbisch Hall/Craillsheim im Landtag von Baden-Württemberg. Seit dem Regierungswechsel ist er u.a. Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes, Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik sowie innenpolitischer Sprecher und Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem ist er Obmann seiner Partei im Petitionsausschuss, Mitglied im Innenausschuss sowie im Ständigen Ausschuss des Landtags von Baden-Württemberg.

Heiße Sommertage – tödliche Gefahr für Haus- und Nutztiere

Unsere Pressemitteilung vom 19.05.2011

Zu Beginn des Sommerwetters weist der Landesverband Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg auf die Gefahren für Haustiere hin, wenn diese schutzlos der Hitze ausgesetzt sind. Er empfiehlt Tierhaltern, besonders an heißen Tagen darauf zu achten, ihren Tieren genügend Schatten zu bieten und frisches Trinkwasser bereit zu stellen.

In der Natur können sich beispielsweise Kaninchen und Füchse bei großer Hitze in ihren Bau zurückziehen, Vögel einen schattigen Baum oder Busch aufsuchen oder sich in Seen und Bächen abkühlen. Sogenannte Haus- und Nutztiere dagegen sind von der optimalen Versorgung durch ihre Halter abhängig, die jedoch häufig aus Unwissenheit oder Fahrlässigkeit großes Leid für ihre Tiere verursachen.

Viele der in Käfigen gehaltenen Kleintiere werden

in der warmen Jahreszeit auf den sonnigen Balkon gestellt oder sind im Garten oftmals stundenlang schutzlos der prallen Sonne ausgesetzt. Aber auch im Freien gehaltene Nutztiere benötigen Schatten. So ziehen es an heißen Tagen beispielsweise Rinder vor, tagsüber im Stall zu bleiben und nur in den kühlen Abend- und Morgenstunden auf die Weide zu gehen.

Die Tierrechtler richten daher den Appell an alle Tierhalter, Käfige und Freigehege so zu gestalten, dass die Bedürfnisse der Tiere bestmöglich befriedigt werden können. In der heißen Jahreszeit ist es besonders wichtig, für ständig frisches Trinkwasser, Beschattung und im Bedarfsfall für Kühlung zu sorgen, beispielsweise durch Bademöglichkeiten im abgekühlten Sand oder Wasser. In Käfigen kann die Temperatur durch Abdecken mit feuchten, kühlen Tüchern abgesenkt werden.

Wenn Nutztiere keine Schutzmöglichkeit vor direkter Sonneneinstrahlung haben oder sie ohne Trinkwasser gehalten werden, ist der Tierhalter zu verständigen. Ist dieser unbekannt oder nicht erreichbar, sollte die

Polizei benachrichtigt werden. „Sprechen Sie Ihre Nachbarn an, wenn deren Kaninchen, Meerschweinchen oder Wellensittiche an sonnigen Plätzen untergebracht sind und die Tiere keine Möglichkeit haben, Schatten aufzusuchen“, bittet die Vereinsvorsitzende Ingeborg Livaditis. „Sie können dadurch Tierleben retten.“

Immer wieder kommt es auch vor, dass Hunde einen qualvollen Tod erleiden, weil ihre Besitzer sie beispielsweise während ihres Einkaufs bei hohen Temperaturen im Auto zurücklassen. Dabei reichen schon wenige Minuten, um für Hunde das überhitzte Auto – selbst bei leicht geöffnetem Fenster – zur Todesfalle werden zu lassen. Bei Außentemperaturen, die über der Körpertemperatur des Hundes liegen, besteht für sie rasch die Gefahr eines Hitzschlags. Deshalb ist sofort die Polizei zu verständigen, wenn bei hohen Temperaturen Hunde im Auto eingesperrt sind und der Besitzer nicht auffindig gemacht werden kann. Die Polizei öffnet dann das Auto.

Bericht über die Mitgliederversammlung am 29.05.2011

Unsere diesjährige Hauptversammlung fand wie immer in Stuttgart statt. In unserer Vereinszeitschrift *TIERSCHUTZ AKTUELL* hatten wir dazu ordnungsgemäß und termingerecht eingeladen. Anwesend waren 17 stimmberechtigte Mitglieder.

Die Vorsitzende, Ingeborg Livaditis, begrüßte die Teilnehmer und verlas die Tagesordnungspunkte, die ohne Änderungswünsche einstimmig angenommen wurden. Im Mittelpunkt standen die turnusmäßigen Neuwahlen sowie die angekündigte Satzungsänderung.

Die Vorsitzende berichtete zunächst über allgemeine Vereinsarbeiten. Sie führte aus, dass in der Geschäftsstelle drei Teilzeitkräfte tätig sind:

- Jutta Messelhäuser: Verwaltung
- Barbara Pflüger: Buchhaltung als Nachfolgerin von Elisabeth Bender, die zum Jahreswechsel ausgeschieden ist und
- Felix-Frieder Zschoche: Lager- und Materialverwaltung.

Diese Aufgaben können nicht von Ehrenamtlichen übernommen werden, die sich nur sporadisch für die Vereinsarbeit zur Verfügung stellen. Außerdem beschäftigen wir halbtags eine Fachreferentin, Dipl.-Biologin Silke Bitz, die zugleich Stellvertre-

tende Vorsitzende ist und damit auch ehrenamtliche Arbeit leistet. Sie ist zuständig für die Medienarbeit und unsere Internetseite. Außerdem vertritt sie zusammen mit der Vorsitzenden unseren Verein im Landesbeirat für Tierschutz des Ministeriums Baden-Württemberg; ihre Stellvertreterinnen sind Marie-Luise Strewe und Dagmar Oest.

Alle anderen Arbeiten, darunter auch die Erstellung dieser Zeitschrift, werden weitgehend ehrenamtlich ausgeführt. Unsere *facebook*-Seite, die von Evi Gatz, Mitglied der AG Stuttgart, betreut wird, entwickelte sich sehr positiv.

Die Vorsitzende freute sich bekanntgeben zu können, dass unser Verband mit der *Tierhilfs- und Rettungsorganisation Neuried-Ichenheim* seit Jahresbeginn einen weiteren Mitgliedsverein mit sehr engagierten Tierschützern gewinnen konnte, die wir hiermit nochmals herzlich begrüßen. Damit erhöht sich unsere Mitgliederzahl wieder auf über 1.700.

Die Vorstandsmitglieder und AG-Leiterinnen schilderten anschließend nur kurz ihre Arbeiten und Aktionen, da diese größtenteils bereits in der Vereinszeitschrift veröffentlicht worden sind.

Anita Renner konnte im April

dieses Jahres auf die 25-jährige Leitung ihrer AG Schwäbisch Hall zurückblicken. Die Vorsitzende gratulierte ihr dazu herzlich und dankte ihr für ihr Engagement. Sie lobte ihr großes Geschick und ihre liebenswürdige Art, mit der sie es fertigbrachte, die AG bis heute immer wieder zusammenzuhalten und zu motivieren. Ingeborg Livaditis überreichte Anita Renner als Anerkennung das Buch *Tierverbündete – Die Seelenverwandtschaft von Mensch und Tier*. Es beinhaltet wunderbare Fotos, reizende Geschichten, aber auch Wissenswertes über Tiere.



Rechts: Anita Renner

Foto: Wolfgang Livaditis

Die Vorsitzende dankte im Anschluss daran allen weiteren aktiven Mitgliedern und Mitarbeitern, ohne die unsere Vereinsarbeit nicht stattfinden könnte.

Den Kassenbericht verlas Schatzmeisterin Marina Förster. Fragen hierzu ergaben sich keine. Der Kassenbericht war schriftlich ausgelegt worden und kann bei unserer Geschäftsstelle angefordert werden.

Alex Lunkenheimer trug den Bericht der Kassenprüfer vor. Er bestätigte eine ordnungsgemäße Buchführung. Alle Geschäftsvorgänge seien lückenlos verbucht und die Vereinsgelder satzungsgemäß verwendet worden. Zu allen größeren Geldausgaben gäbe es Vorstandsbeschlüsse. Auf seinen Antrag wurde der Vorstand bei eigener Enthaltung einstimmig entlastet.

Die geplanten Satzungsänderun-

Vorsitzende:

Stellvertretende Vorsitzende:

Schatzmeisterin:

Stimmberechtigte Vorstandsmitglieder:

Kassenprüfer sind:

gen waren den Mitgliedern mit der Einladung zur Jahreshauptversammlung in der Vereinszeitschrift ordnungsgemäß vorgestellt worden. Die Vorsitzende erläuterte die wichtigsten Punkte. Es ergaben sich keine Fragen. Die geänderte Satzung wurde einstimmig beschlossen.

Bei der folgenden Wahl des Vorstands wurde die neue Satzung berücksichtigt, die eine Änderung der Vorstandspositionen beinhaltet. Die bisherigen Vorstandsmitglieder stellten sich wieder zur Verfügung. Die Stellvertretende Vorsitzende Marie-Luise Strewe konnte nicht anwesend sein, hatte aber im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Evi

Ingeborg Livaditis

Silke Bitz und Marie-Luise Strewe

Marina Förster

Evi Gatz, Sarah Feesenmayr und Dagmar Oest

Alex Lunkenheimer und Siegfried Bosch

Anträge lagen keine vor.

Zum Abschluss erläuterte die Vorsitzende die Perspektiven für den Tierschutz. Mit der jetzigen Bundesregierung sei – trotz Ankündigung eines „Tierschutzpakets“ von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner – kein Durchbruch zu erwarten. Die Bauern- und Wissenschaftsverbände sowie die Fleischwirtschaft hätten eine sehr starke Lobby; dagegen würde der Verbraucher- und Tierschutz stark vernachlässigt.

Gute Chancen zur Durchsetzung eines verbesserten Tierschutzes wür-

den dagegen in Baden-Württemberg durch den Regierungswechsel zu *Grün/Rot* bestehen. Vor allem die *Grünen* hätten in ihrem Wahlprogramm zum Tierschutz große Versprechungen gemacht, wogegen die *SPD* sehr zurückhaltend gewesen sei. Ingeborg Livaditis führte die Punkte der Koalitionsvereinbarung zum Tierschutz kurz an. Sie betonte, dass wir die Zeit nutzen und unsere Arbeit verstärken müssten, beispielsweise im Landesbeirat für Tierschutz durch vermehrte Anträge zu verschiedenen Tierschutzthemen oder durch intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Gatz kandidierte als zusätzliches Vorstandsmitglied.

Die bisherigen Kassenprüfer traten ebenfalls zur Wiederwahl an. Siegfried Bosch war zwar kurzfristig verhindert, hatte jedoch zuvor seine Zustimmung bekanntgegeben. Es gab keine Gegenkandidaten. Da keine geheime Wahl beantragt worden war, erfolgte die Abstimmung offen.

Alle bisherigen Vorstandsmitglieder und die beiden Kassenprüfer wurden einstimmig gewählt. Die neue Kandidatin Evi Gatz erzielte 16 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Alle nahmen die Wahl an.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Beim anschließenden veganen Imbiss entstanden lebhaft Diskussionen zu einzelnen Tierschutzproblemen. Es wurden aber auch Geschichten von den eigenen Haustieren erzählt und Erfahrungen ausgetauscht, zumal einige Teilnehmer ihre Hunde mitgebracht hatten.

Die Versammlung endete gegen 14 Uhr.

Anschließend setzten sich die Vorstandsmitglieder zusammen, um die Geschäftsordnung durchzusprechen, eventuell eine neue Aufgabenverteilungen festzulegen sowie die nächsten Aktionen zu besprechen.

Neue Schriftweisen

Seit längerem gab es in der Redaktion Überlegungen, wegen einer besseren Lesbarkeit in unserer Vereinszeitschrift auf die jeweils weibliche und männliche Form zu verzichten und auch die unschöne Form „...in/Innen“ nicht mehr zu verwenden.

Außerdem erwiesen sich die Anführungsstriche bei „Nutz“- , „Schlacht“- , „Versuchs“-tieren und so weiter als sehr störend, vor allem, wenn gleichzeitig noch eine persönliche Aussage in Anführungsstrichen zitiert wurde. Wir beschließen, statt der Anführungsstriche bei den Tieren verstärkt das Wort „sogenannte“ zu verwenden und hoffen, dass Sie damit einverstanden sind.

Neue AG-Leiterin in Stuttgart

Evi Gatz erklärte sich bereit, künftig die AG Stuttgart zu betreuen, womit alle Aktiven einverstanden waren. Sie entlastet damit Ingeborg Livaditis, welche die letzten Jahre die AG-Führung interimsmäßig zusätzlich zu ihrer Vorstandstätigkeit übernommen hatte. Am 20.06.11 wurde Evi Gatz offiziell vom Vorstand als neue AG-Leiterin bestätigt. Wir wünschen Evi Gatz und ihrer Truppe viel Erfolg!

Infostände in Stuttgart, Königstraße, 03. + 25.06.2011

Themen: Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden, Intensivtierhaltung, Vegetarismus/Veganismus, Zirkus, Sexueller Missbrauch von Tieren, Tiertransporte



| | |
|---|-----|
| Gesammelte Unterschriften insgesamt: | |
| Kaninchenmast | 118 |
| Tiertransporte | 120 |
| Masthühner | 120 |
| Tierversuche an Primaten | 39 |
| Sexueller Missbrauch von Tieren | 126 |
| Postkarten „Kaninchen“ an Ministerin Aigner | 67 |
| Postkarten „Tierleid verdient keinen Applaus“ | 37 |

Spenden: 146,85 Euro

- 1. Reihe links: Coryn Weber-Castoldi
- 2. Reihe von links: Angelika Burkhardt, Jason und Xenia Hoffmann
- 3. Reihe links: Evi Gatz
- 4. Reihe rechts: Edis Kayalar

- 1. Reihe rechts: Felix-Frieder Zschoche
- 2. Reihe von links: Evi Gatz, Gökçen Coban, Ingeborg Livaditis, Edis Kayalar

Fotos: W. Livaditis

Die Folgen des weltweiten Fleischkonsums

Die Zeitschrift *Politik & Unterricht* wird von der *Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg* vierteljährlich herausgegeben. Heft 1/2011 behandelt das Thema der weltweiten Ernährungskrisen. Das Geleitwort stammt vom *Ministerium für Kultur, Jugend und Sport*.

Die Zeitschrift ist für den Real- schulunterricht gedacht und lässt sich im Fächerverbund Erdkunde – Wirtschaftskunde – Gemeinschaftskunde in der 10. Klasse bei dem Themenfeld „Wirtschaftliche Verflechtungen und die Globalisierungsprozesse“ einsetzen.

Im Editorial wird darauf hingewiesen, dass es in weit über dreißig Ländern der Erde in den vergangenen Jahren zu Unruhen und Aufständen gekommen sei, die letztlich mit Nahrungsmittelkrisen und Hunger zu tun hätten. Mit diesem Themenheft sollen dazu Denkanstöße gegeben und Lösungsansätze zur Diskussion gestellt werden.

Das Heft ist in drei Bausteine gegliedert:

A Weltweite Ernährungskrisen – ein Überblick

B Die Lust auf Fleisch – weltweiter Fleischkonsum und die Folgen

C Ernährungskrisen bekämpfen – aber wie?

Nach den Einleitungstexten sind entsprechende Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften zur Erarbeitung der Themen abgedruckt.

Wir freuen uns sehr darüber, dass unter anderem ein (etwas gekürzter) Artikel unserer Vorsitzenden Ingeborg Livaditis mit der obigen Schlagzeile ausgewählt wurde, der in *TIERSCHUTZ AKTUELL* Heft 4/2008 veröffentlicht wurde. Außerdem wurde sogar auf unsere Internetseite hingewiesen.

Weniger Tiere für die Botox-Testung: USA erkennt tierversuchsfreien Test an

Unsere Pressemitteilung vom 30.06.2011

Die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA (*Food and Drug Administration*) hat aktuell eine auf Zellversuchen basierende Methode für die Testung von Botox-Produkten der Firma *Allergan* zugelassen. Der Landesverband *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg e.V.* ist darüber erfreut, fordert jedoch ein weltweites sofortiges Verbot aller Botox-Tierversuche.

„Die USA hat mit der Anerkennung der tierversuchsfreien Testmethode für die Botox-Testung endlich einen wichtigen Schritt in Richtung Ende des LD50-Giftigkeitstests an Mäusen – zumindest in diesem Bereich – getan“, kommentiert die Vorsitzende des Landesverbandes, Ingeborg Livaditis.

In einer Mitteilung des Herstellers *Allergan* heißt es, dass die Zellmethode nur für die Produkte *Botox®* und *Botox®Cosmetic* der Firma *Allergan*, die in den USA verkauft werden, gilt. Laut *Allergan* kann er damit auf bis zu 95 Prozent seiner Tierversuche verzichten. „Allerdings nennen *Allergan* und die anderen Firmen keine Zahl der Tiere, die in ihren Labors für die Botox-Testung zu Tode kommen“, merkt Livaditis an. Bislang ist die Zellmethode nicht für die Produkte der anderen Botox-Hersteller *Ipsen* und *Merz* zugelassen, so dass davon auszugehen ist, dass weiterhin jedes Jahr Zehntausende Tiere in Botox-Versuchen sterben werden.

Das als Botox bekannte Bakteriengift *Botulinumtoxin* wird zu einem großen Teil für kosmetische Zwecke angewandt. So lassen sich Falten für einige Wochen mit einer Injektion von Botox glätten. Den hohen Preis

für dieses Schönheitsideal zahlen Mäuse, an denen die Produkte getestet werden. Für die Tiere bedeutet das einen tagelangen Todeskampf, bis sie schließlich ersticken. Tierversuchsfreie Testmethoden wurden bereits früher entwickelt und anerkannt, werden aber nur unzureichend eingesetzt.

„Im *Europäischen Arzneibuch* sind schon seit einigen Jahren drei alternative Tests für die Botox-Testung ausdrücklich anstelle des LD50-Tests an Mäusen erlaubt, sofern sie validiert, also wissenschaftlich geprüft sind“, erklärt Ingeborg Livaditis. „Es ist unverständlich, warum Politik und Hersteller so träge sind, den in Wissenschaftskreisen als unzuverlässig kritisierten Tierversuch endgültig zu streichen“, meint die Tierrechtlerin weiter.

Tierversuche für die Kosmetik sind in der EU weitgehend verboten. Da Botox jedoch injiziert wird, gilt es als Arzneimittel, womit das Testungsverbot für Kosmetik umgangen wird. Der Verein hatte in der Vergangenheit immer wieder zu Protestaktionen aufgerufen, in denen die Politik und die drei Hersteller von *Botulinumtoxin*-Produkten zu einer zügigen Validierung tierversuchsfreier Methoden aufgefordert wurden. Die Vereinsvorsitzende zeigt sich erfreut über die fortschrittliche Entwicklung in den USA, sieht jedoch Handlungsbedarf, die Botox-Tierversuche weltweit auf dem schnellsten Wege auf Null zu reduzieren.

Weitere Information:

Mitteilung der Firma *Allergan* (in Englisch)

<http://agn.client.shareholder.com/releasedetail.cfm?>

ReleaseID=587234

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 09.07.2011

Themen: Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden, Intensivtierhaltung, Vegetarismus/Veganismus, Tiertransporte, Zirkus, Kaninchen und EU-Richtlinie zu Masthähnchen



| | |
|---|-----|
| Gesammelte Unterschriften: | |
| Kaninchenmast | 65 |
| Tiertransporte | 99 |
| Masthühner | 120 |
| Tierversuche | 115 |
| Nein zur Tierqual-Kosmetik | 95 |
| Postkarten „Kaninchen“ an Ministerin Aigner | 63 |
| Postkarten „Tierleid verdient keinen Applaus“ | 33 |

Spenden: 144,79 Euro

1. Reihe von links: Ingrid Böll, Ingrid Schneider
 2. Reihe links: Edis Kayalar
 3. Reihe links: Ingeborg Livaditis

1. Reihe rechts: Evi Gatz
 2. Reihe: Jason und Xenia Hoffmann

Fotos: W. Livaditis

Leser-/Zuschauerbriefe unserer Aktiven

Zur dreiteiligen Dokureihe in der ARD: *Deutschland isst ...* mit Tim Mälzer Folge 1 vom 02.05.2011: *Immer Fleisch?*

04.05.2011

Sehr geehrter Herr Mälzer, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie in dieser Sendung den hemmungslosen Fleischverzehr und die damit verbundenen negativen Konsequenzen, insbesondere die tierquälereische Intensivhaltung, thematisiert haben. Besonders erfreulich fand ich auch, dass Sie sich, Herr Mälzer, so klar dafür ausgesprochen haben, den Fleischverzehr deutlich zu reduzieren.

So weit, so gut.

Dass in Ihrem Film aber gleichzeitig auch die Botschaft vermittelt wird, vegetarische Kost sei kulinarisch und ernährungsphysiologisch eine Mangelnahrung, ist schlichtweg eine Irreführung der Öffentlichkeit. Millionen von Menschen in diesem Land leben seit Jahren oder gar Jahrzehnten fleischfrei und erfreuen sich bester Gesundheit, einer besseren jedenfalls als die fleischessende Durchschnittsbevölkerung. Bei einer abwechslungsreichen ovo-lacto-vegetarischen Ernährungsweise kann man so gut wie gar nichts falsch machen – es sei denn, man nimmt nur Fast-Food zu sich. Lediglich bei Veganern, also bei reinen Pflanzenköstlern, sollte vorsorglich Vitamin B12 supplementiert werden, damit es im Laufe der Zeit nicht zu einer Unterversorgung kommt. Im Übrigen gibt es ein fast nicht mehr zu überschauendes Angebot an eiweißreichen pflanzlichen Fleischersatz-Produkten, die einem herbeigeredeteten Eiweiß-Mangel bestens entgegenwirken und darüber hinaus auch ausgesprochen lecker sind. Man muss sich nur die Mühe machen, z.B. entsprechende Seiten im Internet aufzusuchen.

So urteilt etwa der renommierte Ernährungswissenschaftler **Prof. Claus Leitzmann** über die rein pflanzliche Ernährung: „... Bei einer sachgerechten Auswahl und Zubereitung pflanzlicher Lebensmittel ist es möglich, sich bedarfsgerecht zu ernähren. Die oft diskutierten und bei falscher Praxis auch feststellbaren Mängel an Eisen, Vitamin B12, Calcium und Proteinen treten relativ selten auf, da Veganer sehr ernährungsbewusst sind und ein überdurchschnittlich gutes Ernährungswissen aufweisen... **Wenn alle Menschen veganisch leben würden, sähe es besser um die Gesundheit der Menschen, der Umwelt und der Gesellschaft aus. Es gilt, dieses Potential zu nutzen.**“

Links:

http://www.norbertmoch.de/_vegetarismus_veganismus/veganismus/statement_zum_veganismus__prof_claus_leitzmann.htm und

http://www.culinaria-vegan.de/index.php?option=com_content&view=article&id=97&Itemid=127

Noch ein Wort zur „artgerechten“ Tierhaltung, wie sie die EU-Öko-Verordnung vorsieht: Ein bisschen mehr Platz, Stroheinlage statt Spaltenböden und Spielzeug zur Beschäftigung sind zwar besser als nichts, aber das Paradies auf Erden ist damit noch lange nicht geschaffen. Bestenfalls könnte man von gewissen „Hafterleichterungen“ für die Tiere sprechen, denn Weidehaltung bleibt auch hier – mindestens bei Schweinen – die absolute Ausnahme. Tatsache ist: Lebewesen mit einer dem Menschen ähnlichen emotionalen Grundausstattung und nicht unerheblichen kognitiven Fähigkeiten werden eingesperrt und eines Großteils ihres natürlichen Ausdrucksverhaltens beraubt, um für menschliche Zwecke ausgebeutet zu werden. Auch eine Mutterkuh im strohbedeckten Laufstall mit Zugang ins Freie leidet, wenn ihr das Kind weggenommen wird – von den Verlassenheitsgefühlen des Kälbchens gar nicht zu sprechen. Mutterliebe ist halt keine ausschließlich menschliche Eigenschaft, wie wir gerne glauben möchten ...

Ganz aus mit der Tiergerechtigkeit ist's dann spätestens im Schlachthof, wo auch die meisten der besser gehaltenen Tiere ihr Leben lassen müssen. Haben Sie schon mal ein Tier gesehen – egal ob öko oder konventionell –, das freiwillig auf die Schlachtbank springt? Von den Millionen unzureichend betäubter Tiere, die ihre Zerlegung praktisch bei vollem Bewusstsein erleiden müssen, will ich gar nicht reden.

Ein gutes Gewissen beim Essen von (Öko)Tieren? Ich weiß nicht ...

Trotzdem nochmals danke, dass Sie sich des Themas angenommen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Marie-Luise Strewé

ZUM ARTIKEL „VON WEGEN ARME SAU“ VOM 26. FEBRUAR

Die neugierigen Tiere brauchen mehr

Verglichen mit dem erbärmlichen Leben von konventionell gehaltenen Schweinen sind die wenigen Tiere, die auf Biohöfen gemästet werden, in der Tat etwas besser dran. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie den Himmel auf Erden haben, wie Metzger Wißgügel glauben machen will.

Zunächst einmal heißt Öko- oder Bio-Haltung, dass die Tiere ökologisch erzeugtes Futter bekommen. Außerdem dürfen Bio-Mastschweine etwas länger leben als ihre bedauernswerten Artgenossen in Intensivhaltung, die im Alter von fünf bis sechs Monaten getötet werden. Zwingend vorgeschrieben sind bei ökologischer Schweinehaltung eine eingestreute Liegefläche in den Ställen und Auslauf ins Freie. Spaltenböden sind nur auf 50 Prozent der Stallfläche erlaubt, Anbindehaltung, Isolierung einzelner Tiere und schmerzhaftes Verstümmeln, wie etwa das betäubungslose Kastrieren, sind verboten. „Bio“-Schweine haben zwar etwa doppelt so viel Fläche zur Verfügung wie konventionell gehaltene Schweine – kümmerlich bleibt das Platzangebot aber dennoch: Nach der EU-Bio-Verordnung 2092/91 steht beispielsweise einem Ferkel mit einem Körpergewicht ab 30 Kilo eine Stall- und Auslauffläche von insgesamt gerade mal einem Quadratmeter zur Verfügung, einem Mastschwein zwischen 1,4 und 2,5 Quadratmeter – je nach Alter und Körpergewicht.

Dass diese „Hafterleichterungen“ den anspruchsvollen Bedürfnissen der geselligen, verspielten und neugierigen Tiere gerecht werden, die nachweislich intelligenter als dreijährige Menschenkinder sind und – so man sie lässt – komplexe Sozialbeziehungen pflegen, möchte ich stark bezweifeln. Die vorgeschriebenen Flächen sind dafür viel zu klein und eintönig. Auch können die engen, oft betonierten Ausläufe eine Weide, die vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten bieten würde, in keinster Weise ersetzen. Artgerechte Schweinehaltung, die diesen Namen zu Recht verdient, sieht anders aus.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote* 08.03.2011

ZUM ARTIKEL „WENN DER WOLF ZUR GIRAFFE WIRD“ VOM 30. MÄRZ

Von Wölfen können Menschen viel lernen

Ich finde es toll, dass Schüler und Lehrer an einem Anti-Mobbing-Programm teilnehmen. Sicher wissen alle Teilnehmer, dass der Wolf und die Giraffe nur Symbole für die unterschiedlichen menschlichen Sprachstile sind und dass sich die Tiere in Wirklichkeit ganz anders verhalten. Der Wolf zum Beispiel ist überhaupt kein böser Bube. Ganz im Gegenteil. Der Wolfsforscher Günther Bloch, der 20 Jahre lang in Amerika frei lebende Wölfe beobachtete, hat herausgefunden, dass Wölfe sehr intelligente und soziale Tiere sind. Sie leben in gut funktionierenden Rudelbeziehungen, spielen täglich miteinander und albern übermütig zusammen herum. Bevor ein ernsthafter Streit ausbricht, setzen sie ihre Körpersprache ein, um sich gegenseitig wieder zu beruhigen. An der Spitze eines Rudels stehen der Leitwolf und seine Gefährtin. Sie haben mehr Pflichten als Vorrechte. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, das Rudel vor Gefahren zu schützen und für eine freundliche Stimmung in der Familie zu sorgen. Dieser Job ist so stressig, dass viele Wölfe gar keine Lust haben, selbst ein Rudel zu führen. Manchmal übernehmen aber auch rangniedrigere Tiere in bestimmten Situationen eine wichtige Führungsrolle, zum Beispiel, wenn sie die geschickteren Jäger sind.

Wenn ein Familienmitglied stirbt, sind Wölfe sehr traurig. So traurig, dass manche sogar an gebrochenem Herzen sterben, wie Günther Bloch berichtet. Daher nehmen sie Rücksicht auf verletzte und kranke Artgenossen. Sie kümmern sich um sie und legen häufigere und längere Pausen bei der Jagd oder bei einem Streifzug ein, damit die Schwächeren nicht den Anschluss verpassen. Günther Bloch erzählt in einem seiner Bücher von Yukon, einem Jungwolf, der eines Tages von einem Auto schwer verletzt wurde. Während er krank und bewegungsunfähig darnieder lag, blieb seine Mutter, die Leitwölfin Aster, über zwei Monate ununterbrochen an seiner Seite. Vater Storm und Schwester Nisha schleppten bis zur Erschöpfung die ganze Zeit über Nahrung herbei, damit Yukon und Aster nicht verhungerten – und sie haben es geschafft: Yukon wurde wieder gesund.

Man sieht: Nicht nur von Giraffen, sondern auch von Wölfen kann man viel über einen fairen und gewaltfreien Umgang mit anderen lernen.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote* 06.04.2011

ZUM ARTIKEL „DIESE KINDER SIND NICHT BÖSE. WAS SIE GETAN HABEN, IST BÖSE“ VOM 11. JUNI

Ahmten Kinder nur Erwachsene nach?

Ich halte unser eigenes zutiefst gespaltenes Verhältnis zu Tieren für eine der möglichen Ursachen jugendlicher Tierquälereien. Während wir unseren Kindern beibringen, dass man Tiere – vornehmlich Hund, Katze und Co. – nicht quälen und töten darf, bereiten wir Milliarden von empfindungsfähigen Lebewesen ein erbärmliches Leben in Gefangenschaft und einen ebenso erbärmlichen Tod am Fließband, weil uns ihr Fleisch schmeckt oder weil wir an ihnen forschen wollen.

Mit einer Mischung aus Faszination und Grauen erlebte ich als Kind zahlreiche Gewaltakte gegen Tiere: geköppte Hühner, deren Rümpfe zuckend durch unseren Garten flatterten; Kälber, die den Muttertieren entrissen und zum Schlachter gebracht wurden; die schrillen Schreie der Schweine beim Metzger, den zur Spirale aufgedrehten Schwanz der zitternden Kuh auf dem Weg zur Schlachtbank; das – wie es hieß – vom Blut der Tiere rot gefärbte Wasser der Lauter ... Als Kind hinterfragt man das Tun der Erwachsenen nicht wirklich. Und so lernte auch ich, wie Generationen vor mir, dass es sich ja „nur“ um Tiere handelt, dass Gewalt gegen sie „normal“ ist.

Heutzutage findet das traurige Leben und Sterben der Tiere zumeist hinter verschlossenen Mauern statt. Aber Kinder sind nicht dumm. Sie haben Zugang zu diversen Medien und kennen mit Sicherheit den Zusammenhang zwischen der Wurst auf ihrem Pausenbrot und dem Töten von Tieren. Vielleicht ahmten die beiden Buben – auf ungeschminkte und brutale Weise – ja nur unser eigenes Verhalten nach?

Die Instrumentalisierung von fühlenden Geschöpfen für menschliche Zwecke, ihre erzwungene Degradierung zur bloßen Ware richtet sich letztlich gegen uns selbst. So schreibt Theodor W. Adorno über das Pogrom: „Über dessen Möglichkeit wird entschieden in dem Augenblick, in dem das Auge eines tödlich verwundeten Tiers den Menschen trifft. Der Trotz, mit dem er diesen Blick von sich schiebt – ‚es ist ja bloß ein Tier‘ –, wiederholt sich unaufhaltsam in den Grausamkeiten an Menschen ...“

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote* 16.06.2011

Psychische Verwahrlosung

Früh übt sich, wer ein Totschläger werden will: Wenn Kinder und Jugendliche wie in diesem Fall gezielt und wiederholt wehrlose Lämmer foltern und totprügeln, sollten bei den Eltern, Lehrern und sonstigen Bezugspersonen sämtliche Alarmglocken schrillen. Denn Tierquälerei ist beileibe kein „Dummer-Jungen-Streich“, sondern ein Hinweis auf eine gefährliche Fehlentwicklung des Sozialverhaltens und ein äußerst ernst zu nehmendes Symptom für emotionale Verrohung und psychische Verwahrlosung.

Zahlreiche neuere Studien belegen einen engen Zusammenhang zwischen Tierquälerei und zwischenmenschlicher Gewalt. „Täter, die in der Kindheit oder Jugend Tiere gequält haben, zeigen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch Gewaltbereitschaft gegenüber Menschen“, so die Psychologin Dr. Andrea M. Beetz, habilitiert am Institut für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Rehabilitation der Universität Rostock. Auch die Kriminologin, Pädagogin und Therapeutin Petra Klages, die sich mit der Biografie zahlreicher soziopathischer Gewalttäter auseinandersetzt und unter anderem den vierfachen Mörder und Vergewaltiger Frank Gust interviewte, weist darauf hin, dass zahlreiche sadistische Serienmörder in ihrer Jugend an Tieren Foltermethoden „eingeübt“ hatten, die sie bei ihren späteren menschlichen Mordopfern fast detailgetreu wieder anwendeten.

Daher werden in den USA mittlerweile Fälle von Tierquälerei energisch und konsequent von Polizei, Staatsanwaltschaft, behördlichen Tierschutzbeauftragten, Tierärzten, Sozialarbeitern und Psychologen verfolgt. So ist auch in diesem Fall zu hoffen, dass die hiesige Polizei alles daransetzt, die Jugendlichen zu ermitteln, um diesem grausigen Spuk ein baldiges Ende zu bereiten – im Interesse der armen Tiere und der Gesellschaft.

Wehret den Anfängen, denn Tierschutz ist letztlich immer auch Menschenschutz.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote* 07.06.2011

Grillen en masse – und selten Gemüse

Udomar Rall, Nürtingen. Zum Artikel „Die Getreidesuche kehrt zurück“ vom 12. Juli.

Pflanzen- sind neben Tierseuchen eine weitere gravierende Folge des zu hohen Fleischkonsums, der mit Monokulturen und Massentierhaltung einhergeht. Jeder Konsument trägt je nach seiner Art von Ernährung Verantwortung für das Hungerproblem auf der Welt, für die Umweltzerstörung, für Krankheiten bei Pflanzen, Tier und Mensch.

Würde der Fleischverbrauch halbiert, käme das der Gesundheit aller zugute. Viele Menschen könnten allein dadurch vor dem Verhungern gerettet werden.

Aber wohin man schaut: Grillen en masse ist angesagt. Leider ist es selten Gemüse. Die Umwelt soll warten. Tut sie das?

▲ *Nürtinger Zeitung* 16.07.2011

Die Redaktion des Teckboten nimmt eine sachliche Leserzuschrift, die sich auf eine Veröffentlichung in unserer Zeitung bezieht, gerne entgegen. Sie übernimmt dafür aber nur die presserechtliche Verantwortung und behält sich in jedem Fall Kürzungen vor. Leider können handschriftliche Manuskripte nicht berücksichtigt werden.

„Affentheater“ ein Ende bereiten

Elke Paus, Maria-Viktoria-Straße 37 in Baden-Baden, hat der Artikel „Grausames Affen-Theater in Jakarta“ (19. Juli 2011) zu folgendem Kommentar bewegt:

Mit Erschütterung und einer deutlichen Portion Wut mussten wir dem heutigen Artikel im BT entnehmen, dass in einem Slum von Jakarta, dem so genannten „Affenviertel“, grausame Dressuren an Makaken an der Tagesordnung sind. Dabei werden den Tieren mittels barbarischer Methoden artwidrige Verhaltensweisen aufgezungen, um sie auf Jakartas Straßen „zum Affen zu machen“. Damit die Tiere aufrecht gehen und ihre „Kunststückchen“ vorführen, ist den „Trainern“ jedes Mittel recht. Mehr als die Hälfte der Affen überlebt diesen abscheulichen Drill nicht.

Mit Ketten um den Hals und ausgehungert vegetieren sie in engen Käfigen. In lächerliche Kostüme gezwängt, müssen sie mit Rollern oder Spielzeugautos fahren, den Hula-Hoop-Reifen schwingen, auf Schaukelpferden sitzen, zu lauter Musik tanzen und vieles mehr. Obwohl dieses grausame Spektakel illegal ist, schauen zuständige Behörden weg. Ein einziger Skandal!

Für Außenminister Westerwelle ist Indonesien der „aufsteigende Stern“ im asiatisch-pazifischen Raum. Wie schön! Für die malträtierten Primaten und eine Vielzahl weiterer Tierarten scheint dieses Land ein einziges Martyrium zu sein. Daher ist Indonesien als Urlaubsziel für unsere Familie kein Thema mehr! Als Weltbürger fordern wir die indonesische Regierung auf, diesem „Affentheater“ in Jakarta ein Ende zu bereiten sowie Zuwiderhandlungen mit harten Strafen zu belegen. Auch Armut und der Mangel an verfügbaren Jobs können und dürfen keine Rechtfertigung dafür sein, hilflose und leidensfähige Tiere zu misshandeln, zu missbrauchen und zu Tode zu quälen.

▲ *Badisches Tagblatt* 25.07.2011

Regierungswechsel bietet Chancen für den Tierschutz

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Nach dem Erfolg der *Grünen* bei der Landtagswahl war klar, dass diese unter anderem das Landwirtschaftsministerium übernehmen würden. Wir hoffen natürlich, dass sich das für den Tierschutz positiv auswirken wird. Diesem Ministerium ist künftig auch der Naturschutz unterstellt, der früher im Umweltministerium angegliedert war, das natürlich ebenfalls von einem grünen Minister besetzt ist.

Zum Minister für *Ländlichen Raum und Verbraucherschutz* wurde Alexander Bonde berufen. Er ist schon seit frühester Jugend bei den *Grünen* politisch engagiert und war seit 2002 Bundestagsabgeordneter. Zuletzt war er unter anderem Haushaltsberichtersteller für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Bonde hat Rechtswissenschaften und Ver-

waltungswirtschaft studiert (ohne Abschluss). Er tritt für eine nachhaltige Landwirtschaft und consequenten Verbraucherschutz ein.

Amtschef ist Wolfgang Reimer. Er ist Diplom-Agraringenieur und Landwirt mit eigenem Betrieb, den seine Frau führt. Für die Fraktion der *Grünen* im Landtag von Baden-Württemberg war er langjähriger Parlamentarischer Berater für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Verbraucherschutz. 2001 wurde er von der damaligen Ministerin Renate Künast (*Bündnis90/Die Grünen*) in das Bundeslandwirtschaftsministerium berufen. Dort war er Leiter der Unterabteilung Landwirtschaft, zuständig unter anderem für Tierhaltung und Tierzuchtfragen.

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass die Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit der Natur stehen soll. Im Vordergrund würden neben der Produktion guter Lebens-

mittel **vor allem der Tier- und Artenschutz**, der Schutz der Ressourcen Wasser, Boden, Luft und die Erhaltung und Entwicklung einer attraktiven Kulturlandschaft stehen. Weitere Einzelheiten führten wir bereits in unserer Pressemitteilung vom 12.05.2011 auf Seite 12 an und sind auch in meinem Vorwort enthalten.

Im Bereich Tierversuche könnte es von großem Vorteil sein, dass das Wissenschaftsministerium unter Theresia Bauer ebenfalls in grüner Hand ist. Sie ist seit 2001 Landtagsabgeordnete und war bereits Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Da im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, dass die Zahl der Tierversuche verringert und die Entwicklung von Alternativmethoden besser gefördert werden sollen, können wir Hoffnung schöpfen, dass diese Ziele auch verwirklicht werden.

Landesbeirat für Tierschutz

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* fand trotz Regierungswechsels wie geplant am 04.07.2011 statt. Für die neue Tätigkeitsperiode ab 01.07.2011 hatten wir wieder Silke Bitz und mich als Vertreterinnen unseres Verbands benannt, als neue Stellvertreterinnen Marie-Luise Strewe und Dagmar Oest. An dieser Sitzung nahm Marie-Luise als Gast teil.

Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung:

Ministerialdirektor Reimer berichtete über die Umsetzung der Beschlüsse aus der vorausgegangenen Sitzung. Zu unserem Antrag zu **Missständen in Schlachthäusern** vom 28.06.2010 stellte er fest, dass die angekündigte Dissertation noch im-

mer nicht abgeschlossen sei, weshalb das Thema abermals verschoben wurde.

Insbesondere bei „Animal Hoarding“, dem krankhaften Ansammeln von Tieren bei Privatpersonen, müssen Tiere immer öfter auf behördliche Anordnung weggenommen und gut untergebracht werden. Die Behörden sind bei der Unterbringung, Pflege, Versorgung und Weitervermittlung der Tiere auf die Hilfe von Tierschutzvereinen angewiesen. Dabei entstehen den Behörden und Tierheimen oftmals sehr hohe Kosten. Das Ministerium war gebeten worden, Hinweise zur **Kostentragung bei Tierschutzfällen** zu erarbeiten und auf der Internetseite des Landwirtschaftsministeriums einzustellen. Diese können nun mit folgendem Link abgerufen werden:

www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Kostentragung_in_Tierschutzfaellen/94631.html

Diskutiert wurde der Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Der Landesbeirat begrüßte die geplante Streichung der **Käfighaltung von Hennen** in sogenannten Kleingruppen und die Ankündigung, dass Haltungseinrichtungen für Legehennen grundsätzlich zwei Meter hoch sein sollten. Die Tierschützer reagierten jedoch empört, dass es einen Bestandschutz für die Kleingruppenhaltung bis zum Jahr 2035 geben soll. Es wurde folgender Beschluss gefasst: Die Landesregierung wird gebeten, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Übergangsfrist nicht länger als acht Jahre betragen dürfe.

Dies würde der vom Bundesfinanzministerium für landwirtschaftliche Anlagegüter vorgesehenen Abschreibungsfrist entsprechen.

Zum **Ibrahim- und Opferfest** 2010 berichtete das Ministerium, dass die in Betracht kommenden Schlachtstätten wie in den vergangenen Jahren mit erheblichem personellen Aufwand und unter Einsatz einiger zusätzlicher Kontrolltrupps teilweise ganztägig überprüft worden seien. Dadurch sollten sowohl eine ordnungsgemäße Schlacht- und Fleischuntersuchung als auch ein tierschutzgerechter Umgang sowie die Elektrobetäubung und Entblutung der Tiere sichergestellt werden. Zwei Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Schächten, die von Religionsgemeinschaften gestellt worden waren, wurden abgelehnt. Bei den Kontrollen wurde jedoch festgestellt, dass mindestens vier Schafe und ein Rind ohne Betäubung geschlachtet worden waren. Gegen die Beteiligten wurde Anzeige wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz erstattet beziehungsweise entsprechende Maßnahmen getroffen.

In die Verwaltungsvorschrift zum **Halten gefährlicher Hunde** wurden wegen eines notwendigen Neuerlasses einige Änderungen und Ergänzungen aufgenommen. Die Polizeiverordnung wurde jedoch nicht geändert, so dass die Änderungen nur als erweiterte Hinweise an die Verwaltung bei gleichbleibender rechtlicher Grundlage zu verstehen sind.

Die Ausschreibung des nächsten **Schülerwettbewerbs zum Tierschutz** „Schülerinnen und Schüler machen sich für Tiere stark“ soll nach den Sommerferien über das Kultusministerium erfolgen. Die bisherigen Mitglieder der Bewertungskommission, darunter ich selbst, erklärten sich zur Fortführung ihrer Arbeit bereit.

Für den **Tierschutzpreis Baden-Württemberg 2011** sind 30 Vorschläge und Eigenbewerbungen eingegangen. Mit dem Preis werden Organisationen und Einzelpersonen ausgezeichnet, die sich durch Engagement und Initiativen zur Förderung des Tierschutzes besonders hervorgetan haben. Das betrifft insbe-

sondere auch herausragende Leistungen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Das Preisgeld von insgesamt 2.500 Euro kann unter mehreren Preisträgern aufgeteilt werden. Die Bewertungskommission traf bereits eine Vorauswahl und wird Anfang August an zwei Tagen Besichtigungen der infrage kommenden Kandidaten vor Ort vornehmen. Ihr Votum wird Minister Bonde vorgelegt, der dann die endgültige Entscheidung über die Preisträger trifft. Die Preisverleihung erfolgt bei der nächsten Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* am 14.11.2011.

Der **Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch** war auch in diesem Jahr ausgeschrieben worden. Es gingen fünf Arbeiten ein. Die Bewertungskommission setzt sich aus Wissenschaftlern, Mitgliedern des Ministeriums und – mit mir – einer Vertreterin des Tierschutzes zusammen. Ihr Ergebnis wird ebenfalls Minister Bonde zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Ort und Rahmen der Preisverleihung werden noch festgesetzt. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert und kann unter mehreren Preisträgern aufgesplittet werden.

Das Thema **Wildtod durch Mähmaschinen** war vom *Landestierschutzverband* eingebracht worden. Schätzungen zufolge werden jedes Jahr beim Mähen allein in Deutschland über 100.000 Rehe durch Mähmaschinen schwer verletzt oder grausam getötet. Aber auch die Zahl anderer Wildtiere wie Feldhasen und Bodenbrüter ist extrem hoch. Eine tierschonende Möglichkeit besteht darin, dass Landwirte und Jagdbeauftragte die zu mähenden Wiesen zuvor abgehen und dabei gründlich nach Jungwild suchen. Vogelnester könnten markiert werden, um dann kleine Grüninseln stehen zu lassen. Allerdings bedeutet das einen hohen Aufwand, weshalb meist darauf verzichtet wird. Nicht einmal dem Appell, die Grünflächen unbedingt von innen nach außen abzumähen, um dadurch den Tieren die Flucht zu ermöglichen, wird nachgekommen.

Aus Kostengründen werden auch keine „Wildretter“ eingesetzt, die über Infrarotsensoren die Körperwärme

von im Gras versteckten Tieren anzeigen. Ein von der Bundesregierung gefördertes Forschungsvorhaben untersucht seit einigen Jahren weitere technische Lösungsansätze, um den Wildtod zu verhindern. Das Projekt läuft dieses Jahr aus. Die Landesregierung wird gebeten, über die Ergebnisse und daraus resultierende Einsatzmöglichkeiten zu berichten.

Da das Bundeslandwirtschaftsministerium derzeit einen Entwurf zur Haltung von **Zucht-, Mast- und Wollkaninchen** erarbeitet, der in die Tierschutznutztierhaltungsverordnung aufgenommen werden soll, wurde darüber in der Sitzung erneut diskutiert. Es wurde folgender Beschluss gefasst: Der *Tierschutzbeirat des Landes Baden-Württemberg* bittet die Landesregierung, bei den anstehenden Diskussionen hinsichtlich der Erarbeitung tiergerechter Haltungsanforderungen für Mast-, Zucht- und Wollkaninchen darauf hinzuwirken, dass hohe Tierschutzstandards zu Grunde gelegt werden. Das bedeutet unter anderem ein Verbot der Käfighaltung, der Einzelhaltung und der Haltung auf Vollrahtgitterböden. Die tiergerechte Haltung von Kaninchen und die Vermarktung der so erzeugten Produkte soll unterstützt und gefördert werden.

Bereits in der Sitzung vom 30.03.2009 wurde für Baden-Württemberg die Einführung einer Anreizkomponente von 20 % für **Maßnahmen der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren** im Rahmen der GAK-Bundesmittel (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) angeregt. Aufgrund eines erneuten Antrags informierte das Ministerium darüber, dass diese Förderung, die zu 60 % aus Bundes- und 40 % aus Landesmitteln besteht, auch in anderen Bundesländern keine Akzeptanz beziehungsweise Anwendung finden würde. Zudem seien die Finanzmittel derzeit fest verplant. Bisher sei die Förderung der tiergerechten Haltung durch die Schaffung dauerhafter, guter Haltungsbedingungen über das Agrarinvestitionsprogramm erfolgt. Damit könnten veraltete Stallgebäude ersetzt werden, worin das Ministerium die ef-

fektivste Form der einzelbetrieblichen Situation sieht. Eine Förderung im Rahmen der *Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)* für umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren hat die EU-Kommission bisher nicht eingeführt. Eine Änderung der Einstellung ist frühestens ab 2014 zu erwarten.

Unser Verein brachte einen Antrag zum **Verbot des Verkaufs lebender Hummer und zum Lebendkochen von Hummern** ein. Wir begründeten das geforderte Verbot wie folgt:

Der Lebendverkauf von Hummern und anderen Krebstieren und insbesondere die praktizierten tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen sind als Verstoß gegen geltendes Tierschutzrecht zu kritisieren. Gleiches gilt für das Lebendkochen von Hummern und die mechanische Zerstörung der beiden Hauptnervenzentren bei Taschenkrebsen, weshalb ein Verbot dieser Praktiken erforderlich ist. Damit wäre nicht nur dem Tierschutzrecht Rechnung getragen, sondern auch dem Wunsch von 83 % der Bürger, die sich in einer 2006 von der Europäischen Kommission durchgeführten Umfrage zu Tierversuchen für einen verbesserten Schutz von Hummern aussprachen.

Der Leidensweg der Hummer ist enorm. Sie werden aus ihrem natürlichen Lebensraum entfernt, in Fabriken mit zusammengebundenen Scheren einzeln in Boxen verpackt und im Kühlhaus oft tagelang ohne Nahrung bis zum Weitertransport gelagert. In der Gastronomie und in Großhandelsketten werden die Tiere standardmäßig zu mehreren in klei-

nen Aquarien, in der Regel mit zusammengebundenen Scheren sowie ohne Rückzugsmöglichkeit und ohne Futter, zum Verkauf angeboten. Die Anforderungen gemäß § 2 Nr. 2 Tierschutzgesetz, nach dem die artgemäße Bewegung eines Tieres nicht so eingeschränkt werden darf, dass ihm Schmerzen, vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden, sind demnach nicht erfüllt. Das Leben der Tiere endet schließlich damit, in kochendheißem Wasser bei lebendigem Leib verbrüht zu werden – ein Todeskampf, der sich meist minutenlang hinzieht.

Hummer besitzen ein ausgeprägtes Nervensystem und weisen eindeutiges Schmerzempfinden auf, was durch Studien belegt wird. So zeigt sich, dass Hummer, die Negativerlebnissen wie zum Beispiel Elektroschocks ausgesetzt werden, auf den Schmerz vergleichbar reagieren wie Säugetiere. Das Nervensystem von Hummern und Krabben produziert Opioide (schmerzlindernde Substanzen). Sie besitzen Opioid-Rezeptoren, denen die gleiche Funktionsweise zugeschrieben wird wie bei anderen Tieren. Hummer verfügen zudem über ein ausgeprägtes Gedächtnis. Sie erkennen beispielsweise eine Umgebung, die sie zuvor erkundet haben, oder auch ein anderes Individuum, mit dem sie Kontakt hatten, wieder.

Auch die *EFSA (European Food Safety Authority)* kam in ihrer Studie aus dem Jahr 2007 zu dem Ergebnis, dass Hummer/Krebstiere leiden und Schmerz empfinden können. Hier wird Krebstieren ein möglicherweise dem Menschen analoges Schmerzempfinden zugesprochen.

Wissend um die Leidensfähigkeit von Krebstieren und aufgrund des Verstoßes gegen das deutsche Tierschutzgesetz ist ein Verbot des Lebendverkaufs sowie des Kochens von Hummern bei lebendigem Leib erforderlich.

Der österreichische Tierschutzrat hatte bereits in seiner 18. Sitzung am 17.11.2009 die Hälterung von Hummern im Handel und den Lebendverkauf als nicht tierschutzkonform abgelehnt, was durch ein Gerichtsurteil bestätigt wurde. Mit Entscheidung vom 23.04.2010 verurteilte der Wiener Verwaltungsgerichtshof den verantwortlichen Mitarbeiter einer Handelskette aufgrund der Haltung von Hummern mit zusammengebundenen Scheren, dicht gedrängt in unstrukturierten Aquarien und ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeit wegen Verstoßes gegen geltendes Tierschutzrecht.

Der *Landesbeirat für Tierschutz* bat darum, den Beschluss in die *AG Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz* einzubringen. Der Tagesordnungspunkt soll in der nächsten Sitzung erneut aufgenommen werden.

Außerdem wurde folgender Beschluss gefasst: Die Landesregierung wird gebeten, sich für tiergerechte beziehungsweise weniger belastende Rahmenbedingungen für das Halten, den Transport und das Töten von Krusten- und Schalentieren einzusetzen. Insbesondere sollen beim Lebendtransport Tierschutzbelange ausreichend berücksichtigt sowie der Lebendverkauf an Endverbraucher und das unbetäubte Lebendkochen von Hummern und Langusten verboten werden.

Tierschutz-Initiativen der Grünen

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Stellvert. Vorsitzende

Tierschutzpolitisches Treffen

Am 12.4.2011 hatte die grüne Abgeordnete Renate Rastätter zum tierschutzpolitischen Treffen in den

Stuttgarter Landtag eingeladen. Das Treffen war gleichzeitig ihr Abschied, da sie für die neue Legislaturperiode ab 01.05.2011 nicht mehr kandidiert hatte. Rund 35 Interessierte waren der Einladung gefolgt, darunter fünf Aktive unseres Vereins.

In der Begrüßung hob Renate Rastätter das historische Wahlergeb-

nis der Landtagswahl in Baden-Württemberg hervor. Sie habe sich sehr gefreut, dass es die *Grünen* aus einer Schlusslichtposition heraus nun sogar in eine grün-rote Landesregierung geschafft haben. Sie bezeichnete es als nötigen Kulturwechsel, damit sich die *CDU* von ihren Verkrustungen regenerieren könne. Es

sei gängige Praxis gewesen, dass nicht ein einziger Antrag der Opposition von der Landesregierung mitgetragen wurde – selbst in Bayern sei die demokratische Kultur besser. Sie betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig es dennoch sei, Druck auf die Regierung auszuüben, insbesondere durch die Arbeit der Tierschutzorganisationen.

Mit Sekt des Abgeordneten und Ökoinziers Reinhold Pix wurde auf das gute Wahlergebnis der *Grünen* angestoßen, begleitet von guten Wünschen für Renate Rastätter, die zwar aus dem Landtag ausscheidet, sich jedoch weiter sehr für den Tierschutz einsetzen wird.

Die Abgeordnete gab einen kurzen Rückblick auf ihre 15 Jahre politische Tätigkeit. Als sie 1996 in den Landtag kam, sei sie für Themen zuständig gewesen, für die sich in den eigenen Reihen sonst niemand besonders interessierte: Bildung und Tierschutz. Zu diesem Zeitpunkt waren die *Grünen* noch stärker auf ihre Kernkompetenz, die Ökologie, konzentriert. Für Rastätter als ausgebildete Lehrerin waren jedoch die Bildungspolitik sowie der Tierschutz ein Herzensanliegen. Sie knüpfte frühzeitig Kontakte zu den Tierschutzvereinen in Baden-Württemberg, so auch zu unserem. Ihr zentrales Anliegen war es, Politik und Öffentlichkeit für ein Tier-Mensch-Verhältnis zu sensibilisieren, das auf ethischen Werten beruht. Rund 40-50 tierschutzrelevante Anträge hatte sie im Laufe der Jahre in den Landtag eingebracht, wogegen von anderen Fraktionen der Tierschutz nur selten thematisiert wurde.

Ein Antrag befasste sich mit den tierschutzwidrigen Praktiken beim Rodeo. Hier habe es sogar ein gewisses Verständnis seitens der *CDU* gegeben, da der Wilde Westen nicht in unser Ländle passe. Regelungen zu Gunsten des Tierschutzes seien daraus dennoch nicht hervorgegangen. Ihr letzter Antrag befasste sich mit dem Tierversuch im Studium (siehe nächster Beitrag). Ihre Initiativen hätten alle relevanten Bereiche abgedeckt, von der Jagdhundausbildung über Schlachtkritik bis hin zu Tierversuchen. Tierschutzan-

träge zu vertreten sei keine leichte Aufgabe gewesen. Teilweise seien ihr Aggressivität und fehlendes Verständnis entgegengeschlagen.

Als Ausblick des Tierschutzes auf die nächste Legislatur erläuterte Renate Rastätter, dass der Koalitionsvertrag nun ausgehandelt werde. Hierzu würden die Inhalte der Wahlprogramme der *Grünen* und der *SPD* miteinander abgeglichen und bei Abweichungen Kompromisse ausgehandelt. Wie die Vereinbarungen der Regierungsparteien zum Tierschutz aussehen werden, sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Die *SPD* habe kaum tierschutzrelevante Inhalte in ihrem Wahlprogramm gehabt. Gegebenenfalls müsse sie an die teilweise guten Aussagen in ihren Antworten auf die Wahlprüfsteine vor der Wahl erinnert werden. Auf Nachfrage, ob es bei den umfangreichen konkreten Tierschutzvorhaben der *Grünen*, wie sie im Wahlprogramm enthalten sind, bleiben würde, erklärte die Abgeordnete, dass ein Koalitionsvertrag nie Details enthalten würde. Es würden darin nur Leitgedanken aufgenommen werden.

Angestrebt sei eine schrittweise Weiterentwicklung des Tierschutzes. Renate Rastätter zeigte sich zuversichtlich, mit der neuen Landesregierung, der nun 36 Abgeordnete der *Grünen* angehören, einige Fortschritte im Tierschutz erreichen zu können. Eine Herausforderung sei allerdings, dass die *CDU* als größte Fraktion eine starke Opposition darstellt.

Derzeit sei noch nicht verhandelt, ob die Funktion eines Landes-tierschutzbeauftragten, wie die Tierschutzorganisationen gefordert hatten, eingeführt wird. Unwahrscheinlich sei die Umsiedlung des *Landesbeirats für Tierschutz*, der derzeit dem Landwirtschaftsministerium unterstellt ist, in das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, da die *SPD* das ablehne.

Auf die Frage nach ihrem Nachfolger konnte sie noch keine Antwort geben. Es sei jedoch überaus erfreulich, dass sich im Gegensatz zu früheren Jahren mehrere Kandidaten beworben hätten.

Unsere Vereinsvorsitzende Ingeborg Livaditis überreichte Renate

Rastätter zum Dank für die überaus engagierte Tierschutzarbeit eine Orchidee.



Links: Renate Rastätter

Fotos: W. Livaditis

Dr. Christoph Maisack, renommierter Tierrechtsexperte, berichtete anschließend über aktuelle tierschutzpolitische Vorgänge auf Bundesebene. So wollen Hessen und Thüringen bei der **Kaninchenhaltung** keine Käfige, sondern höchstens Bodenhaltung zulassen – mit Ausnahme der für Tierversuche gehaltenen Tiere. Das *Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)* sieht bei der Käfighaltung eine Höhe von 70 cm vor. Die bis dato bestehende schwarzgelbe Landesregierung von Baden-Württemberg strebte dagegen eine reduzierte Höhe von nur 60 cm an. Das Landwirtschaftsministerium hatte – ohne Beteiligung des *Landestierschutzbeirats* – eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Darin seien für Käfige Übergangsfristen von 15 bis 20 Jahren vorgesehen. Das Ministerium berufe sich hierbei auf ein Gutachten, das nicht als tierfreundlich einzustufen sei. Österreich und die Schweiz würden zeigen, dass eine bessere Kaninchenhaltung durchaus möglich sei.

Bezüglich der langen Übergangsfrist bei der **Kleingruppenhaltung von Legehennen** stünden die Chancen gut für ein früheres Verbot, denn das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1999 die Käfighaltung von Hennen für tierschutzwidrig erklärt. 2010 hatte Rheinland-Pfalz unter Federführung von Kurt Beck gegen die Käfighaltung geklagt und angekündigt, wieder zu klagen, sollten Käfige erlaubt bleiben.

Anfang dieses Jahres habe Bundesministerin Aigner ferner ein umfangreiches Tierschutzprogramm angekündigt. Darin gibt es unter anderem Überlegungen, ein **Tierschutz-Label für Eier** einzuführen. Eier aus tierfreundlicher Haltung würden mit zwei oder drei Sternen gekennzeichnet werden, nicht tierschutzkonforme Haltungsformen würden keine Sterne erhalten.

Was von unserer neuen Landesregierung und auf Bundesebene an Verbesserungen für den Tierschutz tatsächlich umgesetzt werden wird, bleibt abzuwarten. Wir werden jedenfalls weiterhin aktiv auf die Politik einwirken, um zumindest schrittweise bessere Bedingungen für die Tiere zu erreichen.

Antrag der Grünen und Stellungnahmen der Landesregierung

Die Abgeordnete Renate Rastätter und ihre Kollegen stellten zum Thema **Tierverbrauch zur Aus-, Fort- und Weiterbildung – Lehrmethoden ohne Tierverbrauch im Studium** am 24.02.2011 ihre letzte Anfrage in dieser Legislaturperiode.

In ihrer Begründung führten die *Grünen* an, dass tierverbrauchende Übungen noch immer Bestandteil vieler Pflichtpraktika in den Studiengängen Biologie, Human- und Tiermedizin wären. Laut § 10 des deutschen Tierschutzgesetzes dürfen zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung jedoch Eingriffe oder Behandlungen an Tieren, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind, nur dann durchgeführt werden, wenn der Zweck der Übung nicht auf andere Weise, insbesondere durch filmische Darstellung oder Computersimulation, erreicht werden kann.

In ihrem Antrag wollten die Abgeordneten wissen, ob die Landesregierung die Ansicht teilt, dass es zu Konflikten mit der grundgesetzlich garantierten Gewissensfreiheit und der Freiheit der Berufswahl führt, wenn Studierende an Pflichtkursen teilnehmen müssen, die Tierverbrauch beinhalten. Denn ohne erfolgreiche

Teilnahme an solchen Kursen ist ein Weiterstudieren nicht möglich. In der am 29.3.2011 veröffentlichten Antwort teilte das Wissenschaftsministerium mit, dass sich die Freiheit der Berufswahl nur auf die Wahl des Studienfachs beziehe, nicht jedoch auf die Wahl der Studieninhalte. Es würde jedem freistehen, sich für oder gegen ein Studium zu entscheiden.

Was die Anwendung von Lehrmethoden ohne Tierverbrauch betrifft, antwortete das Ministerium, dass die Freiheit der Lehre dahingehend interpretiert werde, dass es ausschließlich der Einschätzung des Hochschullehrers obliegt zu entscheiden, ob eine Methode ohne Tierverbrauch den Zweck der Lehrveranstaltung erfüllen kann. Weiter teilte es mit, dass derzeit in der Biologie und der Medizin in Baden-Württemberg kein tierverbrauchsfreies Studium möglich sei. Einzelne Fakultäten würden aber auf Anfrage Einzelfalllösungen zulassen, wie beispielsweise die Befreiung von einigen Stunden oder Gruppenarbeiten, in denen die tierverbrauchenden Übungen nicht von allen Studierenden durchgeführt werden müssen. Allerdings sei die Kenntnis der Ergebnisse der Praktika Voraussetzung für den Erwerb des Leistungsnachweises.

Die Abgeordneten fragten die Landesregierung auch, welche Maßnahmen die Hochschulen in den letzten fünf Jahren unternommen hätten, um tierverbrauchende Lehrmethoden zu ersetzen und den Erwerb von Leistungsnachweisen ohne Tierverbrauch zu ermöglichen. Hierzu lautete die Antwort, dass es der jeweiligen Universität überlassen bleibt, darüber zu entscheiden, welche Methoden als angemessen erachtet werden. Es wird keine Notwendigkeit gesehen, Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass verfügbare Lehrmethoden ohne Tierverbrauch in allen Studiengängen angewandt werden oder anderweitig die Möglichkeiten des tierverbrauchs-freien Studiums zu erweitern.

In der baden-württembergischen Versuchstierstatistik, die auszugsweise der Antwort des Wissenschaftsministeriums beilag, ist der

Anteil der zu Lehrzwecken, Aus- und Weiterbildung getöteten Tiere ist im Jahr 2009 mit insgesamt 11.484 Tieren ausgewiesen; im Jahr 2008 waren es 9.369.

Fazit: Obwohl durch die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz im Jahr 2002 der Tierschutz mit anderen Grundrechten, auch der Lehrfreiheit, abgewogen werden muss, können die Universitäten frei entscheiden, welche Methoden sie in Forschung und Lehre anwenden wollen. Eine Abwägung zu Gunsten des Tierschutzes scheint nur in seltenen Fällen zu erfolgen. Aus unserer Sicht unternahm das *CDU*-geführte Wissenschaftsministerium keinerlei Anstrengungen, den Tierverbrauch im Studium durch politische Schritte zu reduzieren. Ein Armutszeugnis!

Von anderen Parteien sind uns keine tierschutzrelevanten Anträge bekannt.

Einsetzung eines Tierschutzbeauftragten

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

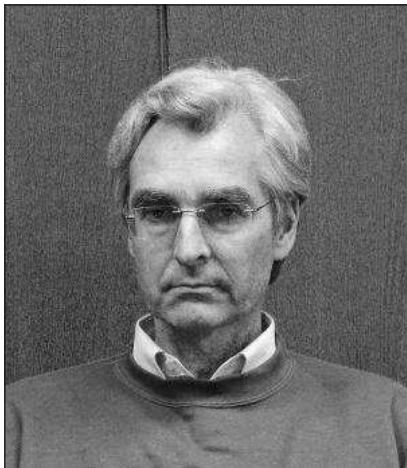
Im Koalitionsvertrag ist neben der Einführung des Verbandsklagerechts die Schaffung der Stelle eines Tierschutzbeauftragten festgelegt worden. Hierbei ist von großer Bedeutung, dass dieser nicht nur fachlich kompetent ist, sondern auch das Vertrauen der Tierschutzorganisationen genießt und energisch für die Belange der Tiere eintritt.

Um der neuen Landesregierung diese Forderungen kundzutun, beschlossen die im *Landesbeirat für Tierschutz* vertretenen Tierschutzorganisationen, einen gemeinsamen Brief sowohl an das Landwirtschafts- als auch an das Staatsministerium zu richten. Der Vorsitzende der größten baden-württembergischen Tierschutzorganisation, der *Landesverband des Deutschen Tierschutzbundes*, Herbert Lawo, wurde gebeten, das Schreiben auf einem Briefbogen mit all unseren Briefköpfen zu verfassen.

Er dankte den Ministerien zuerst

dafür, dass im Koalitionsvertrag die Stelle eines Tierschutzbeauftragten vorgesehen sei. Damit würde eine langjährige Forderung des Tierschutzes erfüllt werden. Gleichzeitig schlug er als unseren gemeinsamen Kandidaten Dr. Christoph Maisack vor.

„Herr Maisack ist zurzeit Richter in Bad Säckingen und ein ausgewiesener Kenner der relevanten Tierschutzbelange, landes-, bundes- und EU-weit. Als Jurist und langjähriges Mitglied des *Landesbeirats für Tierschutz in Baden-Württemberg* gilt er als anerkannter unabhängiger Ratgeber und Gutachter für verschiedenste politische und behördliche Gremien. Seine fachliche Kompetenz hat er auch durch den von ihm mitverfassten *Kommentar zum Tierschutzgesetz (Hirt, Maisack, Moritz)* unter Beweis gestellt. Dieser bringt juristisches und veterinärmedizinisches Wissen für die tägliche Praxis in Einklang und gehört schon lange zum Standardwerk der deutschen Rechtsprechung, wenn es um Tierschutzbelange geht. Zudem ist er ein über die Parteigrenzen hinaus akzeptierter verbindlicher und verlässlicher Teamarbeiter und mit der für diese Position erforderlichen Verwaltungsarbeit vertraut.“



Dr. Christoph Maisack

Foto: W. Livaditis

Auf das Schreiben vom 01.06.2011 gab das zuständige Landwirtschaftsministerium am 17.06.2011 einen kurzen Zwischenbescheid, dass die Anregungen zur Stellenbesetzung des Tierschutzbeauftragten in die Überlegungen mit einbezogen werden sollen.

Tierschutztreffen mit Reinhold Pix MdL

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Seit Juni 2011 ist Reinhold Pix neuer tierschutzpolitischer Sprecher der *grünen* Landtagsfraktion. Zu einem ersten persönlichen Kennenlernen hatte er im Anschluss an die Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* am 04.07.2011, an der er teilnahm, einige Vertreter des Tierschutzes zu einem Gespräch ins *Haus der Abgeordneten* eingeladen. Seine Vorgängerin, Renate Rastätter, die jetzt für den *Landestierschutzverband Baden-Württemberg* Mitglied im *Landesbeirat* ist, kam zu dem Treffen hinzu.

Auf der Tagesordnung stand zuerst ein Informationsaustausch über Anliegen und Forderungen der Tierschutzverbände. Unser Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema Tierversuche:

- die Bereitstellung von Fördermitteln für tierfreie Testmethoden, gegebenenfalls durch Umschichtung von Geldern für Tierversuche, beispielsweise neue Einrichtungen
- Verbot von Affenversuchen
- Möglichkeit für ein tierversuchsfreies Studium der Human- und Veterinärmedizin sowie der Biologie
- Berücksichtigung ethischer Aspekte bei der Genehmigung von Tierversuchen

Außerdem:

- Fortbildungsveranstaltungen zum Tierschutz für Veterinäre und Polizei
- Aufnahme des Tierschutzes in die Lehrerausbildung und verpflichtend für den Schulunterricht
- Einrichtung von Auffangstationen für Zirkustiere und Exoten aus privater Tierhaltung
- Der geplante Landestierschutzbeauftragte muss aus Vorschlägen von Tierschutzorganisationen gewählt werden
- Förderung der Landwirtschaft bei tier- und umweltgerechten Haltingsbedingungen
- die Verbandsklage für anerkannte

Tierschutzverbände sowie

- den politischen Willen zu mehr Tierschutz und weniger Wirtschaftsdenken

Das sind hohe Ansprüche – was davon wenigstens teilweise zu realisieren ist, wird sich zeigen.

Im zweiten Gesprächspunkt ging es um die Einführung des Amtes eines Landestierschutzbeauftragten. Hierzu hatte der Gastgeber die langjährige Landestierschutzbeauftragte von Hessen, Dr. Madeleine Martin, eingeladen sowie die Mitglieder der Landesarbeitsgruppe (*LAG*) *Tierschutz der Grünen*. Die Tierärztin Dr. Martin informierte über ihre Aufgabengebiete. Sie hob hervor, dass sie unabhängig und weisungsfrei sei. Für die Position benötige man aber Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen.

Die Tierschutzbeauftragte wirkt mit an der Einhaltung von tier- und artenschutzrechtlichen Bestimmungen. Sie verfasst Gutachten und Stellungnahmen zu Fragen des Tierschutzes. Sie arbeitet mit Veterinärbehörden und Tierschutzvereinen zusammen, hilft Privatpersonen bei Tierschutzproblemen, erstellt Broschüren und Merkblätter. Dr. Martin berät die Veterinärverwaltung bei Tierversuchen in Fragen der Ethologie und führt wissenschaftliche Grundlagenrecherchen durch, deren Auswertung sie an die Genehmigungsbehörde weitergibt. Außerdem kann sie juristischen Rat einholen und Vorschläge zu Erlassen, Landesverordnungen und -gesetzen einbringen sowie Bundesratsinitiativen veranlassen. Ihr obliegt zudem die Geschäftsführung des Hessischen Tierschutzbeirats.

Wichtig ist auch, dass die Tierschutzbeauftragte völlig eigenständig Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durchführen kann, auch über ihre Haushaltsmittel verfügt sie selbst. Es ist also ein volles Programm!

Das weiter vorgesehene Thema „Verbandsklage im Tierschutz“ konnte aus Zeitgründen leider nicht mehr besprochen werden; es wird aber sicher beim nächsten Treffen erneut aufgegriffen.

Wir danken dem Abgeordneten Reinhold Pix für das konstruktive Gespräch!

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Stellvert. Vorsitzende

Labor für innovative Nutztiermodelle

In Dummerstorf bei Rostock wurde im März dieses Jahres das *Laboratorium für Innovative Nutztiermodelle* des *Leibniz-Instituts für Nutztierbiologie (FBN)* eröffnet. Laut einer Pressemitteilung der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* vom 04.03.2011 werden darin rund 6.000 Mäuse gehalten. Diese sollen als Stellvertreter für die Tiere in der Landwirtschaft dienen. Zudem werden am *FBN* Versuche an Rindern, Schweinen, Pferden, Schafen und Ziegen durchgeführt.

Unter anderem werden an Mäusen Zuchtmethoden zur Steigerung der Fruchtbarkeit oder des Muskel- und Fettansatzes erprobt. In diesem Rahmen wird beispielsweise untersucht, wie Fleisch noch effizienter erzeugt, die Nutzung von landwirtschaftlichen Tieren optimiert oder der als klimaschädlich bekannte Methanausstoß von Rindern verringert werden kann.

An Rindern wurde in Fütterungsversuchen erforscht, wie man eine Anreicherung von Omega-3-Fettsäuren, die als gesund für Menschen gelten, im Fleisch der Tiere erzielen kann. Allein für dieses Projekt stellte die EU fast elf Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt hat das Institut nach Angaben der Ärztevereinigung einen Jahresetat von 16,6 Millionen Euro.

Tiere dafür zu missbrauchen, um Ernährungsfehler oder umweltschädliches Verhalten zu untersuchen oder gar auszugleichen, entbehrt jeder ethischen Grundlage. Der Ärzteverein kritisiert darüber hinaus das Wort „Nutztiermodell“, da die Tiere weder Modelle noch Maschinen und ebenso wenig Lebensmittel seien. Er fordert, die Steuermillionen sinnvollerweise in eine Kampagne über die Vorzüge einer ausgewogenen vegetarischen oder besser noch veganen Ernährung zu investieren.

Unser Verein macht in seinem Flugblatt *Klimaschutz durch Tierschutz* (siehe S. 8) schon lange auf die fatalen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Fleischproduktion aufmerksam. Darin weisen wir unter anderem auf einen Bericht der *Vereinten Nationen* aus dem Jahr 2010 hin, der einräumt, dass eine wirkliche Reduktion der negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima nur durch einen weltweiten Wandel der Ernährung – weg von tierischen Produkten – möglich ist.

Studieren ohne Tierversuch kaum möglich

Unser Bundesverband hat aktuell in einer Umfrage festgestellt, dass es in Deutschland nahezu unmöglich ist, in den Fächern Biologie, Human- und Tiermedizin ohne Tierversuch durchs Studium zu kommen. Ein Ethik-Ranking ergab, wie die Lage an deutschen Hochschulen hinsichtlich der tierversuchenden Lehrmethoden aussieht. In der von *SATIS*, der *Studentischen Arbeitsgruppe gegen Tiermissbrauch im Studium*, zwischen März und Juli 2010 durchgeführten Umfrage wurden die medizinischen Fakultäten von 35 Universitäten, die fünf veterinärmedizinischen Fachbereiche und die Biologie-Fachbereiche von 70 Universitäten befragt. Die Auswertung soll Studierenden helfen, die in ihrer Ausbildung keine Übungen an Tieren vornehmen möchten.

In seiner Pressemitteilung vom 14.04.2011 betont der Bundesverband, dass es zahlreiche Lehrmethoden ohne Tierversuch gibt. Dazu zählen Computer-Simulationsprogramme, filmische Darstellungen, Probanden-Einsatz, Plastinate oder sogenannte Spendertier-Programme, bei denen die Tiere nach ihrem natürlichen Tod oder einer aus medizinischen Gründen erfolgten Einschläferung vom Tierhalter für die Lehre

freigegeben werden.

Dennoch ist es derzeit einzig in der Humanmedizin an manchen Hochschulen möglich, das Studium ohne Tierversuch zu absolvieren. In der Biologie und der Tiermedizin dagegen sind die Lehrpläne noch nicht so fortschrittlich. So gibt es in der Biologie keine Möglichkeit des tierversuchsfreien Studiums, abgesehen von verschiedenen Spezialisierungsrichtungen an einzelnen Hochschulen. In der Veterinärmedizin werden Studierende bereits mit dem verpflichtenden Schlachthofpraktikum vor ethische Konflikte gestellt.

Dagegen gibt es in den Studiengängen der Natur- und Lebenswissenschaften teilweise positive Entwicklungen. Das Studium der Pharmazie und Pharmatechnologie ist an manchen Universitäten tierversuchsfrei möglich, Bioinformatik und Medizinische Biologie mit Einschränkungen. Italien, Schweden oder die Niederlande sind Deutschland weit voraus. Sie sichern die Gewissensfreiheit der Studierenden per Gesetz und setzen verstärkt auf ethisch unbedenkliche Lehrmaterialien.

In einem Schreiben an die Kultusministerien der Länder und Bundesministerin Annette Schavan fordert der Bundesverband Gewissensfreiheit für Studenten. Durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes soll der Einsatz vorhandener Ersatzmethoden zwingend vorgeschrieben sowie die Förderung von Ersatzverfahren und Entwicklung noch fehlender Lehrmethoden ermöglicht werden.

Veröffentlicht wird die Umfrage von *SATIS*, dem Projekt für humane Ausbildung von *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.*

Weitere Informationen unter:
www.satis-tierrechte.de

Eine Broschüre mit allen Ergebnissen der Befragung kann heruntergeladen werden unter:
www.satis-tierrechte.de/uni-ranking

Pressemitteilung vom 04.05.2011

Versuchstier des Jahres 2011 ernannt: Der Krallenfrosch

Der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* hat heute den Krallenfrosch zum Versuchstier des Jahres 2011 ernannt. Laut Bundesversuchstierstatistik starben 2009 rund 10.000 Krallenfrösche in Versuchen, davon 90 Prozent für Grundlagenforschung, Organentnahmen und zum Nachweis hormonwirksamer Substanzen. 10 Prozent wurden zu Unterrichtszwecken für Medizin- und Biologiestudenten eingesetzt.



Krallenfrosch
Foto: Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Der Bundesverband kritisiert, dass trotz etlicher vorhandener tierversuchsfreier Verfahren der Frosch weiterhin Verwendung finde. Besonders verwerflich sei hier die Nutzung zu Ausbildungszwecken. „An neun Universitäten müssen Biologie- und Medizinstudenten noch immer mit Krallenfröschen arbeiten, obwohl es tierfreie Lehrmethoden gibt. Das ist unethisch und verstößt gegen das Tierschutzgesetz“, so Dr. Kurt Simons, Vorsitzender des Bundesverbandes *Menschen für Tierrechte*.

Die Tierrechtler fordern mit gleichem Nachdruck die zügige Entwicklung noch fehlender Ersatzverfahren, insbesondere für die Grundlagenforschung. Noch immer forsche nur eine Randgruppe von Wissenschaftlern zu dieser Thematik.

Seit 2003 ernannt der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* in Zusammenarbeit mit seinen Mit-

gliedsvereinen das Versuchstier des Jahres. Damit sollen Tierversuche an einer bestimmten Tierart öffentlich gemacht und die Situation der tierversuchsfreien Forschung aufgezeigt werden. Die diesjährige Wahl der Jury fiel auf den Vorschlag des Vereins *Menschen für Tierrechte – Tierversuchsgegner Rheinland-Pfalz*. Ausführliche Informationen zu Tierversuchen und Ersatzverfahren mit Krallenfröschen hat der Verband heute auf seiner Website zum Versuchstier des Jahres veröffentlicht.

Zu den Versuchstieren vergangener Jahre meldet der Verband bereits Erfolge zur Goldorfe (2003), zur „Muschelmaus“ (2006) und zum Kaninchen (2009). Der Tierversuch mit der Süßwasserfischart Goldorfe zur Giftigkeitsbestimmung von indu-

striellem Abwasser wurde durch einen Fischeier-Test abgelöst. Die Ermittlung von Algengiften in Muscheln zum Verzehr in qualvollen Mäuseversuchen ersetzte die EU durch ein physikalisch-chemisches Verfahren, und statt des Kaninchenversuchs zur Medikamentenprüfung auf fieberauslösende Substanzen ist seit 2010 EU-weit ein Test mit menschlichem

Blut anerkannt.

Ausführliche Informationen unter:
www.tierrechte.de

Vortrag über Tierversuche und die Tübinger Hirnforschung an Affen

Am 05.05.2011 hat das *Tübinger Bündnis gegen Tierausbeutung* im Rahmen der Kampagne „Stoppt Affenqual in Tübingen!“ (wir berichteten mehrfach darüber), die die *Ärzte gegen Tierversuche* in Kooperation mit dieser Gruppe Anfang 2009 ins Leben gerufen haben, zu einem Vortragsabend eingeladen. Die Tierärztin Dr. Straßer gab in ihrem Vortrag kritische Einblicke in die tierexperimentelle Forschung, insbesondere in die in Tübingen praktizierte zweckfreie Grundlagenforschung am

Hirn von Affen. Gleichzeitig zeigte sie Möglichkeiten der tierversuchsfreien Forschung auf. Gabriele Busse vom *Tübinger Bündnis gegen Tierausbeutung*, die auch auf den Kundgebungen in Tübingen 2009 und 2010 gesprochen hatte, berichtete über ihre Zeit als Diplomandin am *Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik in Tübingen (MPI)*. Sie schilderte ihre Erfahrungen und gab Einblick in den Umgang mit Affen und auch Menschen am *MPI*.

Rund 50 interessierte Bürger waren zum Vortragsabend gekommen und die lokale Presse berichtete über die Veranstaltung. Damit ist es hoffentlich gelungen, die in Baden-Württemberg noch immer praktizierten Versuche am Hirn von Affen wieder einmal ins Gedächtnis zu rufen und die politische Forderung nach einem sofortigen Stopp zu erneuern.

Nachdem sich vor der Wahl die *Grünen* gegenüber unserem Verein klar für die Abschaffung der Affenversuche sowie eine Reduzierung von jährlich möglichst zehn Prozent bei Tierversuchen ausgesprochen haben, gibt es gute Chancen, mit der neuen Landesregierung das Ziel zu erreichen.

Aktion: Bitte schreiben Sie an Landwirtschaftsminister Alexander Bonde einen Brief mit der Forderung eines zeitnahen Stopps der Affenexperimente in Tübingen.

Musterbrief:

Tierversuche

Sehr geehrter Herr Minister Bonde,

im Wahlprogramm Ihrer Partei wie auch im grün-roten Koalitionsvertrag vereinbart, sind erfreulicherweise tierschutzrechtliche Verbesserungen benannt. So hatten die Grünen angegeben, eine jährliche Reduktion der Tierversuche um zehn Prozent sowie die Abschaffung der Hirnforschung an Affen anzustreben.

Ich bitte Sie, sich für die zeitnahe Umsetzung dieser Ziele einzusetzen. Zudem sollten Gelder für die tierversuchsfreie Forschung bereitgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Pressemitteilung vom 05.05.2011

„Für Mäuse die Hölle“ Ärztevereinigung deckt grausame Tierversuche am Helmholtz-Zentrum auf

Die bundesweite Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* prangert die Tierversuche des Braunschweiger *Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung (HZI)* an. Die Versuche an Mäusen seien grausam und nicht auf den Menschen übertragbar, heißt es in einem aktuellen Infoblatt.

Beispielsweise wird bei Mäusen eine schmerzhaft Bauchfellentzündung mit Blutvergiftung hervorgerufen, indem Löcher in den Blinddarm gestochen werden. Je nach Größe und Anzahl der Löcher sterben die Mäuse schneller oder langsamer. Die Angaben stammen aus einem Artikel, den das *HZI* in einer Fachzeitschrift veröffentlicht hat. Aus weiteren Fachpublikationen des *HZI* geht hervor, wie bei Mäusen eine bakterielle Lungenentzündung oder eine Hautinfektion hervorgerufen wird.

Dr. med. vet. Corina Gericke, Braunschweigerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin von *Ärzte gegen Tierversuche*, ist entsetzt über die offensichtliche Gefühlskälte der *HZI*-Mitarbeiter. „Wie in einem Kochrezept wird beschrieben, wie die Todesrate der Mäuse variiert werden kann. Das Leid der Tiere und ihr qualvoller Tod ist für diese Leute nichts anderes als ‚Teig kneten‘.“ Die von der Ärztevereinigung enthüllten Dokumente belegen, dass in der Forschungsanstalt in Braunschweig-Stöckheim grausamste Tierversuche durchgeführt werden. Mäuse mit Krankheitserregern zu infizieren oder bei ihnen Entzündungen auszulösen ist mit schwersten Schmerzen und Leiden verbunden. Für die Tiere bedeutet dies oft tagelanges Siechtum mit Fieber, Apathie und Abmagerung, bis sie schließlich an Organversagen sterben. Tiere, die nicht während des Versuchs sterben, werden getötet.

„Diese sogenannten ‚Tiermodelle‘, wie Tiere von den Experimentatoren genannt werden als seien es Automaten, sind zudem wissenschaftlich nutzlos“, erläutert Tierärztin Gericke. „Die künstlich krank gemachten Tiere haben nichts mit der klinischen Situation beim Menschen zu tun.“ Entsprechend wertlos sind die Ergebnisse. Die beschriebenen Blutvergiftungs-Tierversuche werden seit 30 Jahren durchgeführt, ohne zu nennenswerten Erfolgen geführt zu haben, heißt es in der Informationsschrift des Ärztevereins.

Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* dokumentiert in einer Internet-Datenbank Tausende Tierversuche, die in Fachpublikationen erschienen sind. „Nur so oder durch Undercover-Aktionen ist es möglich, einen authentischen Einblick in die hermetisch abgeriegelte Welt der Tierversuche zu bekommen und der systematischen Verharmlosung durch die Tierexperimentatoren etwas entgegenzusetzen“, erklärt Gericke. „Der Öffentlichkeit wird die grausame Wahrheit verschwiegen, obwohl wir alle Tierversuche mit unseren Steuern subventionieren“, weiß die Tierärztin. So hat das *HZI* für 20 Millionen Euro aus öffentlichen Geldern ein zusätzliches Tierversuchslabor für 35.000 Mäuse errichtet. Dagegen wird deutschlandweit die tierversuchsfreie Forschung von der Bundesregierung mit durchschnittlich nur vier Millionen Euro jährlich unterstützt.

„Tierversuche sind eine Schande für unsere Gesellschaft, ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten, das im 21. Jahrhundert keinen Platz haben darf“, so die Braunschweiger Tierärztin abschließend.

(Anm. Redaktion: Eine kurze Vorabinformation zu diesen Tierversuchen haben wir bereits in unserer letzten Ausgabe gebracht.)

Weitere Informationen:

Stellungnahme der *Ärzte gegen Tierversuche* sowie das Infoblatt „Für Mäuse die Hölle – Tierversuche am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung Braunschweig“ unter: www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Das Infoblatt kann auch bei unserer Geschäftsstelle angefordert werden.

Keine Versuche an Hunden und Katzen an der University of Utah, USA

Ein *PeTA*-Ermittler hatte im Jahr 2009 über acht Monate lang Undercover-Recherchen in den Tierversuchslaboratorien der *University of Utah* in Salt Lake City durchgeführt. Er fand miserable Bedingungen für die Tiere vor. Hunde, Katzen, Affen, Ratten, Mäuse, Kaninchen, Frösche und sogar Kühe, Schweine und Schafe waren dort erheblichen Leiden ausgesetzt. So wurden Mäusen enorme Tumore angezüchtet, andere Tiere mit tödlichen Krankheiten infiziert. Ratten, Affen und Katzen waren Löcher in ihre Gehirne gebohrt und Elektroden befestigt worden, um Hirnexperimente durchzuführen.

Die Tiere stammten meist aus Tierheimen. Jahrzehntlang wurden sogenannte Streuner- und Fundtiere oder anderweitig heimatlos gewordene Tiere, die im *Tierheim North Utah Valley* aufgenommen worden waren, an Tierlabore verkauft – eine in den USA noch absolut übliche Praxis.

Durch die Veröffentlichung und den massiven Protest von über 100.000 Menschen, zu dem die Tierrechtsorganisation *PeTA* aufgerufen und den auch unser Verein durch E-Mail-Proteste unterstützt hatte, konnte erreicht werden, dass Hunde und Katzen aus Tierheimen nicht mehr in Tierversuchen der *Universität Utah*, USA, verwendet werden. Außerdem stellt ein neues Gesetz sicher, dass in Utah künftig staatliche Tierheime keine Tiere mehr an Versuchslabore verkaufen können.

Ein weiterer Erfolg: Die *University of Utah* wird künftig an Stelle lebender Hunde und Katzen lebens-echte menschliche Simulatoren für ihre Untersuchungen verwenden.

Vielen Dank an alle, die mit ihren Protestmails zu diesem großen Erfolg beigetragen haben.

Das Wenige, das Du tun kannst, ist viel, wenn Du nur Schmerz und Weh und Angst von einem Wesen nimmst.

Albert Schweitzer

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Stellvert. Vorsitzende

Tierversuchsfreie Forschung: „Arbeitsgruppe im Portrait“

In der neuen Reihe „Arbeitsgruppe im Portrait“ stellt unser Bundesverband in seinem Wissenschaftsportal *InVitroJobs.com* regelmäßig Wissenschaftler vor, die innovativ im Bereich der tierversuchsfreien Forschung tätig sind.

In seiner Pressemitteilung vom 29.03.2011 schreibt der Bundesverband *Menschen für Tierrechte*:

Im Fokus stehen neu entwickelte Methoden, ihre Evaluation sowie der Ausblick, welche Tierversuche durch sie abgelöst werden können.

Das Debüt gibt das Klinische Forschungslabor Kinderherzchirurgie des *Universitätsklinikums Tübingen* mit seinen Arbeitsgruppen „Hämostabilität“ und „PyrogenTest“. Dort wird bereits Fieber im Reagenzglas statt in Versuchskaninchen erzeugt. Das umfassende Interview mit dem Leiter der „PyrogenTest“-Arbeitsgruppe, Dr. med. Stefan Fennrich, wurde soeben veröffentlicht unter: www.invitrojobs.com

Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass Medikamente und andere Medizinprodukte, die mit dem menschlichen Blutkreislauf in Kontakt kommen, auf unerwünschte fieberauslösende Wirkungen getestet werden müssen. Jahrzehntlang fand dies ausschließlich im Tierversuch statt. EU-weit werden hierfür rund 200.000 Kaninchen jährlich eingesetzt.

Ausgangspunkt des Interviews ist die Entwicklung eines tierversuchsfreien Tests: Das sogenannte *Pyro-Detect-Verfahren* hat 2010 als *Monozyten-Aktivierungstest (MAT)* Einzug in die europäische Pharmakopöe (EP Prüfvorschrift 2.6.30) gehalten und ist eine vollwertige Alternative zum Tierversuch. Laut internationalen Rechtsvorgaben muss eine tierversuchsfreie Alternative aus ethischen Gründen vorrangig angewendet werden – und es besteht Aussicht, den Kaninchentest in absehbarer Zeit konsequent zu ersetzen.

Im Klinischen Forschungslabor Kinderherzchirurgie des *Universitätsklinikums Tübingen* werden die Tests auf fieberauslösende Substanzen (Pyrogene) bereits in vitro (im Reagenzglas) statt in vivo (im Tierexperiment) vorgenommen. Vor allem forschen die Arbeitsgruppen an einer Weiterentwicklung des Tests.

Der Test basiert auf der Verwendung von Humanblut. Dr. Stefan Fennrich betont: „Dadurch, dass wir menschliches Blut als Sensor verwenden, sind die Forschungen humanrelevant und daher besonders auf die Sicherheit des Menschen ausgerichtet.“ Der Test, ursprünglich entwickelt von Prof. Dr. Albrecht Wendel und Prof. Dr. Dr. Thomas Hartung an der *Universität Konstanz*, wurde von Dr. Fennrich bereits weiterentwickelt, unter anderem zur Prüfung von Implantaten. Im Interview gibt Fennrich bekannt, dass durch Kooperation mit Berufsgenossenschaften und der Arbeitsmedizin Prozesse entwickelt werden, die sowohl für Behörden als auch Gesetzgeber im Sinne von Arbeitsschutz und Prävention Bedeutung haben.

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee, Fachreferentin beim Bundesverband *Menschen für Tierrechte* und Projektleiterin *InVitroJobs* stellt heraus: „Die Anzahl der Forschungseinrichtungen, die engagiert mit tier-einsatzfreien In-vitro- oder In-silico-Methoden arbeiten, wächst ständig. Sie stehen für erfolgreiche ethisch und wissenschaftlich fundierte Forschung ohne Tierversuche. Doch die Öffentlichkeit weiß sehr wenig über solche modernen Methoden – dies wollen wir mit unserer ‘Arbeitsgruppe im Portrait’ ändern.“

www.invitrojobs.com, das deutsch- und englischsprachige Portal für tierversuchsfreie Forschung, wurde im April 2009 gestartet. Der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* stellt hiermit einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern, Studenten und Job-suchenden, die auf tierversuchsfreie Verfahren setzen, ein einzigartiges Vernetzungsinstrument zur Verfügung. Gleichzeitig will der Verband damit auf eine positive Weise den gesetzlich geforderten Rückgang der Tierversuche beschleunigen. Bereits im März 2011 verzeichnete *InVitroJobs* über 120 internationale Arbeitsgruppen, darunter Wissenschaftler aus USA, Japan, Indien, Estland und 88 aus Deutschland. Etliche For-



Tierversuchsfreie Forschung im Reagenzglas

Foto Ärzte gegen Tierversuche e.V.

schungsprojekte werden durch Förderprogramme unterstützt, manche Forscher erhielten für ihre alternativen Arbeiten bereits Auszeichnungen.

Interview und weitere Informationen:
www.invitrojobs.com

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Dr. med. Wolf-Dieter Hirsch, Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie, Facharzt für Chirurgie und Viszeralchirurgie und Dr. med. vet. Corina Gericke

Lebensechtes Chirurgen- Training am Simulator

Pinzette, Schere, Skalpell, ein Verödungsgerät, eine Lampe und eine kleine Kamera stecken an langen Stangen in der Bauchhöhle des Patienten. Bei der so genannten minimal invasiven Chirurgie bedient der Operateur von außen durch ein kleines Loch im Bauch die Geräte im Inneren des Körpers. Auf einem Bildschirm verfolgt er mit Hilfe der kleinen Kamera seinen Eingriff. Plötzlich wird alles rot. Ein Blutgefäß ist getroffen. Schnell füllt sich das Sichtfeld mit Blut. Der Chirurg verodet das durchtrennte Blutgefäß mit dem Elektrokauter, einem chirurgischen Instrument, mit dem durch elektrischen Strom Gewebe verbrannt wird, um Blutungen zu stoppen. Es qualmt, der Rauch vernebelt die Sicht.

Beim hier beschriebenen Training eines laparoskopischen Eingriffs sieht der Chirurg Bilder einer echten Operation an einem menschlichen Patienten, während er mit den Instrumenten hantiert. Virtuelle Realität nennt sich diese Simulation, die ähnlich wie Flugsimulatoren in der Pilotenausbildung funktioniert.

Hochmodernste Computertechnik macht es möglich: eine Echtzeit-Simulation mit Videoaufnahmen aus echten OPs und haptischer Wahrnehmung, d.h. der Chirurg fühlt, wenn er mit den Instrumenten auf Gewebe trifft, es schneidet, mit der Pinzette zieht oder schiebt. Das Simulationsprogramm rechnet das Tastgefühl um und präsentiert auf dem Bildschirm entsprechende Bilder aus einer riesigen Videodatenbank.

Wissenschaftler des *Rensselaer Polytechnic Institute* in Troy, New York, setzen nun noch eins drauf. Sie entwickelten ein Werkzeug für Operations-Komplikationen. Beim Schneiden durch Gewebe berechnet ein Prozessor die Blutgefäßdichte an dieser Stelle des Körpers und die wahrscheinliche Blutungsmenge in Abhängigkeit von der Tiefe und Länge des Schnitts. In einer Animation wird dann die entsprechende Blutmenge in die Videosequenzen eingespielt. Der Verödungsqualm steigt immer dann auf, wenn der Elektrokauter zum Einsatz kommt. Die Simulation wird so noch realitätsnäher.

Während die modernen Chirurgie-Trainer in den USA weite Verbreitung finden, ist in Deutschland eine Zunahme an Operationskursen am lebenden, narkotisierten Schwein zu beobachten. Diese Kurse werden an diversen Instituten angeboten und oft von Medizinprodukteherstellern, die an der damit verbundenen Werbung ein ökonomisches Interesse haben, intensiv gefördert. Den Statistiken des *Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz* zufolge wurden im Jahr 2009 1.990 und ein Jahr zuvor 2.079 Schweine zu Ausbildungszwecken getötet.

Operationskurse am lebenden Tier sind jedoch weder rechtlich, ethisch, wissenschaftlich noch pädagogisch vertretbar.

Laut §10 Tierschutzgesetz dürfen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung „Eingriffe oder Behandlungen an Tieren, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind, nur durchgeführt werden, ... soweit ihr Zweck nicht auf andere Weise (...) erreicht werden kann.“ Operationsübungen an lebenden Tieren verstößen klar gegen diese gesetzlichen Vorgaben, da ihr Zweck problemlos auch auf andere Weise zu erreichen ist. (...)

Die aktuelle Entwicklung aus Amerika zeigt, wie eine moderne chirurgische Aus- und Weiterbildung aussehen muss.

Wir *Ärzte gegen Tierversuche* wenden uns seit Jahren an die Anbieter tierexperimenteller laparoskopischer Chirurgiekurse und fordern sie

auf, den Sinn solcher Übungen zu hinterfragen und ihre Programme entsprechend zu ändern. Die meisten Trainingszentren verzichten erfreulicherweise bereits auf den Einsatz von lebenden Tieren.

Quelle:

www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Pressemitteilung vom 24.05.2011

Atheroskleroseforschung mit künstlichen Organen statt Tieren

Heute stellt der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* über sein Wissenschaftsportal *InVitroJobs* eine zweite „Arbeitsgruppe im Portrait“ vor: die Forschergruppe „Experimentelle Zell- und Gewebetechnologie“ am *Universitätsklinikum Jena*. Sie arbeitet an drei tierversuchsfreien Methoden, um neue Erkenntnisse zur Atherosklerose, Blutvergiftung und zu Leberinfektionen zu erhalten. Details – ein Interview mit dem Leiter der Forschungsgruppe Dr. rer. nat. Sandy Mosig inklusive – sind ab sofort veröffentlicht unter:

www.invitrojobs.com

Die Forscher haben sich ganz auf die Entwicklung künstlicher menschlicher Gewebe und Organe spezialisiert und zwar als dreidimensionale Modelle. In diesen sogenannten 3D-Modellen können die Vorgänge besser simuliert werden als im Tierversuch. Die Forscher erzeugen menschliche Blutgefäßgewebe und integrieren sie in ein Mikrokammersystem, um die Entstehung von Atherosklerose und Sepsis aufzuklären. Ein Leberzellmodell dient der Untersuchung bakterieller Entzündungen. Sogar die Konstruktion eines Multi-Organ-Systems ist möglich und gibt Einblicke in Stoffwechselfvorgänge zwischen Leber, Niere und Darm.

Die Forschungsarbeiten sind von großer Relevanz, denn: „Die Folgeerkrankungen der Atherosklerose, wie Herzinfarkt oder Schlaganfall, sind für ca. 50 Prozent aller Todesfälle in westlichen Gesellschaften

verantwortlich“, so der Leiter der Forschungsgruppe, Dr. Sandy Mosig. Auch die Sepsisforschung ist sehr wichtig: „Mit einem Anteil von 54 Prozent an der Krankenhaus-Sterblichkeit stellt die Sepsis die Haupttodesursache auf Intensivstationen dar“, so Mosig weiter. Hier liefern die Forschungsergebnisse mit den tiereinsatzfreien Gewebemodellen wertvolle Erkenntnisse. Von daher arbeiten auch Industrieunternehmen mit dem Team zusammen, und die Projekte bekommen finanzielle Förderung seitens des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Zellmodelle statt Tierversuche

Am neuen *Kompetenzzentrum Gewebe zur Wirkstoffentwicklung*, das von der *Gebert Rief Stiftung* unterstützt wird, sollen Industrie und Wissenschaft zusammenarbeiten.

Aktuell werden am *Institut für Chemie und Biologische Chemie der ZHAW* in Wädenswil, Schweiz, dreidimensionale Modelle aus menschlichem Gewebe gezüchtet. An den Zellmodellen ist es möglich, neue Medikamente und Kosmetika ohne Tierversuche zu testen.

Prof. Dr. Ursula Graf-Hausner, die Leiterin des Forschungszentrums, und ihr Team befassen sich schon seit vielen Jahren mit dem sogenannten Tissue Engineering, das heißt der Züchtung von lebendem Gewebe. Diese Gewebekulturen, die auf Basis von lebenden menschlichen Zellen im Reagenzglas weitergezüchtet werden, dienen der Entwicklung und Prüfung von Wirkstoffen.

Die Anwendungsbereiche für solche Modelle aus menschlichen Zellen sind vielfältig. Beispielsweise wird ein speziell entwickeltes 3D-Hautmodell, das die verschiedenen Zelltypen der menschlichen Haut umfasst, zum Test von pflanzlichen Wirkstoffen im Auftrag einer Kosmetikfirma eingesetzt. Am Modell der Mundschleimhaut kann man untersuchen, wie die Zellen nach einer kleinen Verletzung wieder zusammenwachsen.

Auch bei der Suche nach neuen Medikamentenwirkstoffen und der Entwicklung potentieller neuer Arzneimittel sind Zellmodelle mit menschlichem Gewebe nützlich.

Derzeit stellen die Schweizer Forscher verschiedene Untersuchungen an. Beispielsweise wird daran gearbeitet, wie sich die Gewebemodelle kultivieren oder einfrieren lassen, was deren Lagerung und den Transport an andere Forschungseinrichtungen ermöglichen würde.

Das neue Kompetenzzentrum umfasst bereits 16 Partner aus der Kosmetik- und Pharmaindustrie.

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 03.06.2011

Menschliche Zellen statt Mäuse

Ärztevereinigung vergibt Förderpreise für tierversuchsfreie Krebsforschung

Der bundesweite Verein *Ärzte gegen Tierversuche* vergibt zwei mit jeweils 10.000 Euro dotierte Wissenschaftspreise für die tierversuchsfreie Krebsforschung. Preisträger sind Forscher des *Universitätsklinikums Kiel* und des *Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)* für die Entwicklung praxisbezogener, auf menschlichem Gewebe basierender Zellmodelle.

Prämiert werden Dr. med. Maret Bauer und ihr Forscherteam vom *Universitätsklinikum Kiel* und der *Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe* für ihr dreidimensionales Modell aus menschlichem Tumorgewebe zur Erforschung der Mechanismen des Brustkrebses mit dem Ziel, patientenspezifische Therapien entwickeln zu können. Mittels Gen-Chip-Analyse soll untersucht werden, wie sich die Ausbreitung der Krebszellen verhindern lässt, wenn die Umgebung des Tumors verändert wird.

Das Gewebe stammt aus medizinisch notwendigen Operationen von Brustkrebspatientinnen. Üblicherweise werden solche Untersuchungen an Mäusen durchgeführt. Das von Dr. Bauer entwickelte Zellkulturmodell hat im Gegensatz zum Tierversuch

einen direkten klinischen Bezug, das heißt, die Ergebnisse sind auf die Situation beim Menschen übertragbar. Zudem ist die Methode zeitsparend und kostengünstig.

Dr. rer. nat. Irinia Nazarenko und Dr.-Ing. Stefan Giselbrecht vom *Karlsruher Institut für Technologie (KIT)* werden für ihre Arbeit zur Entwicklung von Tochtergeschwulsten in andere Organe ausgezeichnet. Modernste Techniken kommen zum Einsatz, die Ingenieurwissenschaft mit Zellforschung kombinieren. Es werden menschliche Zellen organotypisch auf mikrostrukturierten Biochips in Bioreaktoren kultiviert, die als Knochenmark- und als Brustkrebsmodell dienen und die Abläufe bei der Metastasierung von Brustkrebs in Knochengewebe lebensecht darstellen. So können auch neue Therapie-Ansätze im Bereich der Tumor-Nanotechnologie entwickelt werden. Auf die sonst in diesem Forschungsbereich verwendeten Mäuse wird vollständig verzichtet.

Die Förderung tierversuchsfreier Krebsforschung wurde durch eine zweckgebundene Erbschaft ermöglicht. Kriterium für die Förderwürdigkeit eines Projektes ist die Forschung gänzlich ohne die Verwendung von Tieren oder tierischem Material. Auch die Nährmedien für Zellkulturen und die Antikörper stammten nicht vom Tier, sondern wurden synthetisch hergestellt. Der Preis war erstmals im Jahr 2006 für ein Modell zur computergestützten Krebsforschung vergeben worden.

Die Ärztevereinigung führte weiter aus, dass es erfreulich sei, dass es Wissenschaftler gebe, deren Forschungsarbeiten sich direkt auf die Krankheiten des Menschen beziehen und ohne jedes Tierleid auskommen würden. Sie warne schon lange vor den fatalen Folgen der üblicherweise auf Tierversuchen basierenden Krebsforschung. Im Labor künstlich erzeugter Krebs sei zwar bei vielen Tierarten „heilbar“. Dieser Forschungsansatz habe jedoch mit der vielschichtigen menschlichen Erkrankung nichts zu tun, sei schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt und halte den Fortschritt auf.

Die Würde des Tieres

Tierschutztagung der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 11.03. bis 13.03.2011

Marie-Luise Strewe, Stellvert. Vorsitzende

In Art. 1 des neuen Schweizer Tierschutzgesetzes, das 2008 in Kraft trat, heißt es:

„Zweck dieses Gesetzes ist es, die **Würde** und das Wohlergehen des Tieres zu schützen.“

Der Begriff „Würde“ wird darin folgendermaßen definiert: „Eigenwert des Tieres, der im Umgang mit ihm geachtet werden muss. Die Würde des Tieres wird missachtet, wenn eine **Belastung des Tieres** nicht durch überwiegende Interessen gerechtfertigt werden kann. Eine Belastung liegt vor, wenn dem Tier insbesondere

- Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden
- es in Angst versetzt oder erniedrigt wird
- wenn tief greifend in sein Erscheinungsbild oder seine Fähigkeiten eingegriffen
- oder es übermäßig instrumentalisiert wird.“



Foto: Wolfgang Livaditis

Die Teilnehmer der diesjährigen Tagung sollten die Frage erörtern, ob die Aufnahme des Würdebegriffes in das deutsche Tierschutzgesetz hilfreich wäre und wie sich die „Würde des Tieres“ gegebenenfalls konkreter definieren ließe. Zum Auftakt der Veranstaltung beleuchteten Vorträge das Thema aus rechtsphilosophischer, veterinärmedizinischer, reli-

giöser und juristischer Sicht.

Wie alle Vortragenden feststellten, wird unter dem Begriff „Würde“ gemeinhin eine Eigenschaft verstanden, die ausschließlich dem Menschen zukomme und theologisch aus der Annahme seiner Gottebenbildlichkeit oder philosophisch – etwa bei Kant – aus seiner Vernunftfähigkeit hergeleitet werde. Dieses „Wesensmerkmal“ zeichne den Menschen vor allen Lebewesen aus und sei ein absoluter, grundsätzlich unantastbarer Wert. Die Referenten waren sich darüber einig, dass der Begriff der Würde im absoluten Sinn auf Tiere nicht anwendbar sei, da dies ihre Nutzung für menschliche Zwecke ausschließen würde. Einvernehmlichkeit herrschte aber auch, dass Tieren grundsätzlich ein „inhärenter Wert“, also „Eigenwert“ zukomme, der ihnen unabhängig vom Nutzen für den Menschen gegeben sei.

Prof. **Klaus-Peter Rippe**, Ethikprofessor an der *PH Karlsruhe* und Präsident der Schweizer Tierversuchskommission in Zürich, plädierte dafür, Tieren daher eine relative und damit eingeschränkte Würde zuzusprechen. Obwohl das Konzept der Würde, insbesondere der Tierwürde, schillernd und vage sei, hält er die Aufnahme des Würdebegriffes ins Tierschutzgesetz für sinnvoll, weil dieser Terminus „appellativen“, also auffordernden Charakter und damit die Kraft habe, das Bewusstsein für Tierschutz in Politik und Gesellschaft zu schärfen.

In seinem eindrucksvollen Plädoyer für die Tierwürde wies Dr. **Thomas Schaack**, Theologe und Umweltbeauftragter der Nordelbischen Kirche, auf die Schöpfungsgemeinschaft allen Lebens hin. So seien Tiere ursprünglich nicht als Nahrung für den Menschen geschaffen worden (Genesis, 1,29). Er argumentierte im Sinne Albert Schweitzers für die Ehrfurcht vor *allem* Leben, dem jeweils seine von Gott

gegebene eigene Würde zukomme. „Diese sich der praktischen Erfahrung aufdrängende Würde von Tieren führte daher zu einer Gestaltungsaufgabe, die anzunehmen und im Bebauen und Bewahren permanent einzuüben sei.“

(Das Referat kann als pdf-Datei heruntergeladen werden unter: http://www.ev-akademie-boll.de/no_cache/publikationen/onlinedokumente/ot-suche/)

Die Juristin und Leiterin der Abteilung Tierschutz und Veterinärrecht an der *Universität Wien*, Dr. **Regina Binder**, hielt ihren Vorrednern entgegen, dass in einer pluralistischen Gesellschaft der Tierschutz universell begründet werden müsse, ohne auf weltanschaulich gefärbte Axiome (als absolut richtig erkannte Grundsätze) zurückzugreifen. Da der Würde des Tieres sowieso nur ein beschränktes Gewicht zugemessen werde, könne aus ihrer Anerkennung kein realistischer Gewinn für den Tierschutz gezogen werden. Der Schutz der Tiere vor Leiden, Schäden etc. könne durch ein Tierschutzgesetz ausreichend abgesichert werden. Aus juristischer Sicht unverzichtbar halte sie hingegen die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel, das in Österreich nach wie vor ausstehe.

Dr. **Andreas Steiger**, Präsident der *Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung* und Professor an der *Universität Zürich*, betonte, dass die Formulierung von Leitlinien für die Praxis unabdingbar sei. Der Würdebegriff dürfe keine Leerformel bleiben und sich auf Aspekte des geltenden, auf die Vermeidung von Leiden ausgerichtete Tierschutzgesetzgebung beschränken.

Ähnlich argumentierte auch Dr. **Katharina Friedli**, Tierärztin am *Zentrum für tiergerechte Haltung des Schweizer Bundesamtes für Veterinärwesen (BVET)*. Grundsätzlich sei immer eine **Güterabwägung** zwischen den gegeneinander stehenden

Interessen von Mensch und Tier geboten. Unter den genannten Belastungskriterien müssten insbesondere folgende neu hinzu gekommene weiter konkretisiert werden:

- Erniedrigung des Tieres (z.B. Zirkus, Werbung)
- tief greifende Eingriffe in sein Erscheinungsbild und seine Fähigkeiten (z.B. Zucht, Gentechnik) sowie
- eine übermäßige Instrumentalisierung (z.B. Intensivhaltung, Tierversuche)

In der Praxis sei vor allem aber die Frage schwer zu beantworten, wie eine Gewichtung der schutzwürdigen menschlichen Interessen einerseits und der tierlichen Belastung andererseits vorgenommen werden könne. Zur Konkretisierung des gesamten würderelevanten Fragenkomplexes wurde daher im schweizerischen *Bundesamt für Veterinärwesen* eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Im Anschluss an die Vorträge diskutierten die Arbeitsgruppen, die von Fachleuten begleitet wurden, die verschiedenen theoretischen Ansätze und erarbeiteten konkrete Vorschläge, wie der Würde bzw. dem Eigenwert der Tiere besser Rechnung getragen werden könne.

Einige Tierschützer bzw. Tierrechtler (u.a. *Animal Angels*, *Ärzte gegen Tierversuche* und ich) sprachen sich aus ethischen und ökologischen Gründen dafür aus, den Gebrauch der Tiere für menschliche Zwecke grundsätzlich kritisch zu hinterfragen und zu diskutieren. Die Mehrheit lehnte dies ab, weil die Nutzung von Tieren legitim sei, was sich u.a. aus der kulturellen Tradition und aus schwerwiegenden menschlichen Interessen wie der Sicherung der Ernährung, der Entwicklung medizinischer Therapien, Erkenntnisgewinn, Freizeitgestaltung etc. herleiten lasse (*Anm.: eine meines Erachtens problematische, weil ethisch und logisch nicht schlüssige anthropozentrische Argumentation*). Gleichzeitig verpflichtete dies aber den Menschen als selbstbestimmtes, moralisch handelndes Subjekt dazu, die Tiere „würdevoll“ zu nutzen. Allerdings beschränke sich die aktuelle

Mindestnorm des Tierschutzgesetzes allenfalls auf die Leidensvermeidung. Eine würdevolle Nutzung dürfe jedoch das Prinzip der tierlichen Bedürfnisbefriedigung (Tiergerechtigkeit) nicht außer Acht lassen. Beispielgebend seien etwa die Qualitätsstandards des internationalen *Animal Welfare Projects*, die auf **vier Grundpfeilern** ruhen: gute Fütterung, gute Unterbringung, gute Gesundheit sowie artgerechtes Verhalten. Dabei sei es wichtig, dass das Tier in jeder Situation (z.B. auch bei der Schlachtung) als Individuum identifizierbar sein müsse, und nicht nur als anonymes „Betriebsmittel“ wahrgenommen werden dürfe.



„Bio“-Schweine
Foto: Soylent Network

Als mögliche konkrete Verbesserungen, die auch EU-weit anzustreben seien, schlugen die Arbeitsgruppen u.a. vor:

Für die ethische Vertretbarkeitsprüfung von **Tierversuchen** sollte ein einheitlicher, verbindlicher und bundesweit geltender Kriterienkatalog eingeführt und Leidensobergrenzen festgelegt werden. Alle Möglichkeiten der Leidensminimierung müssten zwingend ausgeschöpft und die tierexperimentell Forschenden zu Schulungen verpflichtet werden, um Schmerzen bei Versuchstieren besser zu erkennen.

Für **Landwirte** sollten Förderprogramme eingerichtet werden, um die Hinwendung zu einer bäuerlichen ökologischen Landwirtschaft, wie im Welternährungsbericht der *UNO* 2008 gefordert, voranzutreiben. Fleisch-, Milch- und sonstige Tierprodukte müssten verteuert (*Anm.: und daher Subventionen für die Intensivtierhaltung gestrichen*) und Schlachttiertransporte auf eine Stunde begrenzt

werden. Schmerzhafte Eingriffe wie z.B. das Enthornen der Rinder, das Kupieren der Schwänze und betäubungslose Kastrieren von männlichen Ferkeln sollten verboten und Haltungssysteme, die solche Eingriffe nötig machten (z.B. in der Intensivhaltung), abgeschafft werden.

Für alle Bereiche der Tierhaltung – einschließlich der Heimtiere – wird ein Sachkundenachweis vor Beginn der Haltung und speziell für die Landwirtschaft eine Kontrolle der Haltungseinrichtungen sowie eine Fortbildungspflicht gefordert. Für alle serienmäßig hergestellten Haltungs- und Schlachtsysteme sollte eine Tierschutz-Zertifizierung erfolgen. Weiter ist das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen einzuführen, um die Belange der Tiere vor Gericht überhaupt einklagbar zu machen.

Dringlich geboten wäre eine **Verbesserung der Informations- und Kommunikationsstrukturen**. Tierschutz sollte als reguläres Unterrichtsfach in Kindergärten und Schulen eingerichtet werden. Wünschenswert wäre auch die Schaffung von öffentlichen Informationsstellen für Tierschutzfragen. Durch mehr Transparenz der Fleisch-, Milch- und Eierproduktion, durch ein Labeling für Tierprodukte und die **gesellschaftliche Aufwertung einer fleischarmen oder vegetarischen Lebensweise** könnten die Verbraucher zu einem bewussteren und verantwortungsvolleren Konsum motiviert werden. **Fehlendes Wissen und falsche Vorstellungen über (Nutzt)iere**, die sich in gedankenlosem Konsum und achtlosem Umgang mit ihnen niederschlagen, könnten durch sachkundige Informationen und biologische bzw. ethologische Erkenntnisse korrigiert und durch ein positives Bild ersetzt werden.

Weiter verabschiedeten die Tagungsteilnehmer eine u.a. an Bundesministerin Ilse Aigner gerichtete Resolution, **sexuelle Handlungen an Tieren** unter Strafe zu stellen. Bisher sind zwar die Ausübung von Gewalt und die Tötung im Zusammenhang mit Sodomie sowie die Verbreitung tierpornographischer Schriften strafbar, nicht jedoch die sexuelle

Handlung als solche.

Auf eine Resolution zur Frage der gesetzlichen **Verankerung des Würdebegriffes** konnte sich das Plenum jedoch nicht einigen. Trotz lebhafter Diskussionen und intensivem Meinungsaustausch blieben viele Teilnehmer unschlüssig und konnten sich weder dafür noch dagegen entscheiden.

Fazit: Die Umsetzung der von den AGs erarbeiteten Forderungen würde den Tierschutz ein erhebliches Stück voranbringen. Dennoch hätte ich mir eine intensivere Diskussion zur Tierethik erhofft, bei der nicht schon von vornherein feststand, dass menschliche Interessen, solange man nur einen „vernünftigen“ Grund dafür findet, ethisch schwe-

rer wiegen als existenzielle tierliche Interessen. Eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem Thema der Tierwürde kommt aber nicht um die prinzipielle Frage herum, ob und inwieweit die Nutzung von Tieren ohne Not in heutiger Zeit überhaupt zu rechtfertigen ist, insbesondere dann, wenn sie schwere Schäden oder die Tötung der Tiere zur Folge hat. Die Degradierung von fühlenden Lebewesen zu Nahrungslieferanten und „Tiermodellen“ ist per se eine Verletzung der tierlichen Würde – auch unter „tiergerechten“ Haltungsbedingungen. Solange wir uns im Umgang mit Tieren nicht von unseren anthropozentrischen Denkmustern lösen, bleibt das Staatsziel Tierschutz meines Erachtens in weiten Teilen Makulatur.



Foto: Soyilent-Network

< Bundestag lehnt fünf Tierschutzanträge ab >

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Am 25.03.2011 standen gleich fünf Tierschutzthemen auf der Tagesordnung des Bundestags. Vier Anträge lagen von *Bündnis 90/Die Grünen* zum Beschluss vor:

Haltung von Wildtieren im Zirkus verbieten

Die *Bündnisgrünen* wiesen darauf hin, dass vom Bundesrat bereits am 17.10.2003 eine Entschließung verabschiedet worden war, die Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus zu verbieten sowie ein zentrales Zirkusregister einzurichten. Dies sei bislang von der Bundesregierung nur zum Teil umgesetzt worden. Vor allem bei nicht domestizierten Tieren sei eine tiergerechte Haltung unter den Bedingungen eines mobilen Unternehmens grundsätzlich problematisch. Eine repräsentative Umfrage der *Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)* habe im April 2010 bestätigt, dass eine Mehrheit (hier zwei Drittel) der Befragten Wildtiere im Zirkus ablehnen würde.

Tierschutz stärken – Tierheime entlasten

Da sich die Lage der Tierheime seit Monaten zuspitzt und sogar Aufnah-

mestopps wegen Überfüllung verhängt werden müssen, wurde die Forderung nach einem Hilfsfonds gestellt, um Tierheimen und Gnadenhöfen die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe der Versorgung von abgegebenen oder entlaufenen Haustieren auch in Fällen überdurchschnittlicher Belastung zu ermöglichen. Gleichzeitig soll eine bundesweite Rechtsverordnung Vorschriften zur Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Haustieren festlegen.

Intensive Nutztierproduktion überprüfen

Mit der zunehmenden Zahl der großen Tierhaltungsanlagen in Deutschland entstehen Belastungen von Natur, Wasser, Boden und Luft. Tierschützer würden zudem die nicht artgerechte Haltung in intensiven Tierhaltungsanlagen kritisieren. *Bündnis 90/Die Grünen* legten hierzu einen 10 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vor.

Schenkelbrand bei Pferden verbieten

Der Schenkelbrand bei Pferden ist ein äußerst schmerzhafter Eingriff. Beim Heißbrand wird den Tieren mit einem glühenden, rund 800 Grad

heißen Brenneisen ein Brandzeichen zugefügt. Die dadurch entstehenden Narben sollen als Identifikations- und Erkennungszeichen dienen. Beim Kaltbrand sollen Hautveränderungen durch Erfrierungen mit Hilfe von auf minus 80 Grad kalten Eisen herbeigeführt werden. Der tierquäleryische Schenkelbrand entspräche weder einer EU-Verordnung noch sei er mit dem Staatsziel Tierschutz und dem deutschen Tierschutzgesetz vereinbar.

Ein weiterer Antrag war von der *SPD*-Fraktion eingegangen:

Tierschutz bei Katzen verbessern

Die Bundesregierung soll verpflichtet werden, einen Regelungsvorschlag zur verpflichtenden Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Katzen mit Freilauf und freilebenden Katzen vorzulegen. Über das Problem der „Katzenschwemme“ haben wir bereits mehrfach berichtet.

Mit den Stimmen der Fraktionen der *CDU/CSU* und der *FDP* wurden alle Anträge abgelehnt. Es zeigt sich erneut, dass der Tierschutz bei diesen Parteien keinen Stellenwert besitzt.

< EU-Richtlinie für Masthühner verschärfen! >

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

In der *EG-Richtlinie* vom 28.07.2007 sind die Mindestvorschriften zum „Schutz von Masthühnern“ festgelegt. Danach ist es gestattet, sie in riesigen fensterlosen Hallen in Gruppen von 10.000 und mehr Tieren zu halten. Die Besatzdichte darf 33 kg/m² nicht überschreiten – das entspricht 26 Hühnern – bei zusätzlichen Auflagen sogar bis zu 42 kg/m². Aus Sicht des Tierschutzes ist diese Besatzdichte wie auch die legitime Überzüchtung der Masthühner jedoch Tierquälerei, die mit vielen Leiden und Schäden für die Tiere verbunden ist. Zwischenzeitlich kamen auch diverse Forschungsarbeiten zu dem Ergebnis, dass die Besatzdichte unter 25 kg Lebendgewicht pro m² liegen sollte, also bei ca. 17 Tieren.

Bei dem Mindestmaß für ihren Lebensraum und den installierten Futtertrögen können die Hühner ihren Grundbedürfnissen wie Nahrungssuche, Laufen, Picken und Scharren nicht nachgehen, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten führen zu Dauerstress.

In der *EU* werden jährlich über fünf Milliarden Hähnchen geschlachtet, eine unvorstellbare Zahl! Die Tiere leiden während ihres kurzen Lebens von 30-35 Tagen schon an zahlreichen schmerzhaften Krank-

heiten wie Brustblasen, Skeletterkrankungen, Lahmheit, Hautentzündungen, Herz-Kreislauf-Versagen usw. Da die Hallen während der Mastdauer nicht gereinigt werden, ist die Einstreu oftmals durchnässt und führt zu Verätzungen; die Ammoniakbelastung ist immens. Die durch industrielles Kraftfutter turbogemästeten Hühner brechen vielfach unter ihrem eigenen Gewicht zusammen.

Doch nun gibt es Hoffnung! EU-Kommissar John Dalli soll im nächsten Jahr dem Europaparlament und dem Europarat einen Bericht über „Masthühner und Elterntiere“ vorlegen. Dabei kann er sich auf zwei aktuelle Gutachten des wissenschaftlichen *Gremiums für Tiergesundheit und Tierschutz (AHAW)* der *Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA)* stützen, die sehr im Sinne des Tierschutzes ausgefallen sind. Da die *EU-Richtlinie* vorsieht, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu einer Verschärfung der Mindeststandards führen können, sind dadurch die besten Voraussetzungen gegeben.

Seit Monaten klären wir an unseren Infoständen über die Missstände auf und sammeln Unterschriften für eine Verbesserung der *EU-Richtlinie zum Schutz von Masthühnern*. Bitte helfen auch Sie mit!

Aktion: Schreiben Sie einen Brief an die EU-Kommissare John Dalli und Dacian Cioloș.

Musterbrief:

EU-Richtlinie zum Schutz von Masthühnern

Sehr geehrter Herr EU-Kommissar Cioloș (bzw. sehr geehrter Herr EU-Kommissar Dalli),

die zurzeit geltende EU-Richtlinie für Masthühner bedarf auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, unter anderem der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, dringend einer weitreichenden Verbesserung.

Ich bitte Sie eindringlich, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse in vollem Umfang in Ihren Bericht an das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union aufzunehmen. Die katastrophalen Bedingungen, unter denen die Hühner derzeit leben, müssen sowohl bei den Haltungsbedingungen als auch bei der Zucht im Sinne des Tierschutzes rasch geändert werden.

Bitte treten Sie dafür ein, dass vor allem die Besatzdichte bei Masthühnern 17 Tiere nicht überschreitet.

Mit freundlichen Grüßen

<<<

Kurzmeldungen

>>>

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Tierschutzbestimmungen für Hummer geplant

Wie unser Bundesverband in seinem *Newsletter* am 13.05.2011 mitteilte, beraten derzeit die Verbraucherbehörden der Bundesländer über eine Verschärfung der Tierschutzbestimmungen für Hummer, die lebend verkauft werden. Es bestünde Einig-

keit, dass das Zusammenbinden der Scheren ein artgemäßes Verhalten unmöglich mache. Zudem sollen die Aquarien größer und mit Sichtschutzblechen ausgestattet werden.

Leider wird der Lebendverkauf und der Konsum des Krustentieres nicht grundsätzlich hinterfragt oder gar über ein Verbot diskutiert, wie wir es mit unserem Antrag an die Landesregierung (s. Seite 25) fordern. Aber immerhin wäre das ein erster Schritt. Falls die Kommission

die Umsetzung der Empfehlungen beschließt, könnten die strengeren Regeln bald verbindlich werden.

Erfolg! EU-Verbot der Legebatterien bleibt

Am 01.01.2012 tritt das EU-weite Verbot der herkömmlichen Käfighaltung von Hennen in Kraft. Polen hatte noch in diesem Jahr versucht, den Termin hinauszuschieben. Die SPÖ-

Europaabgeordnete Karin Kadenbach bat EU-Kommissar John Dalli um Stellungnahme. Seine Antwort gab sie mit ihrer Pressemitteilung vom 27.05.2011 bekannt: „Was die Frage der Legehennen und die Durchführung der Richtlinie 1999/74/EG angeht, so hat die Kommission Kenntnis von dem Antrag der polnischen Behörden, die Anwendung des Verbots nicht ausgestalteter Käfige aufzuschieben. Die Kommission hat jedoch nicht die Absicht, einen Vorschlag auszuarbeiten, der den für das Inkrafttreten des Verbots vorgesehenen Termin, nämlich 1. Januar 2012, verzögern würde.“

Erfreulicherweise blieb die EU-Kommission standhaft. Aber auch die polnische Regierung verzichtete nach großen internationalen Protestaktionen auf eine Verlängerung der Laufzeit. Allerdings gibt es EU-weit noch kein geplantes Verbot für die genauso tierquälereisiche Kleingruppenhaltung in „ausgestalteten“ Käfigen.

Britisches Parlament für Wildtierverschott in Zirkussen

Am 23.06.2011 stimmte das Britische Unterhaus für ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen. Die Regierung, die lediglich ein Kontrollsystem für Zirkustiere beschließen will, wurde aufgefordert, bis Mitte 2012 ein Verbot zu verabschieden.

In Großbritannien leben noch 37 Wildtiere in Zirkussen, darunter Löwen, Tiger, Schlangen und Kamele. Nach aktuellen Umfragen unterstützen über 70 Prozent der Bevölkerung ein derartiges Verbot. Auch die

Britische Tierärztekammer fordert ein rasches Ende der Wildtierhaltung in Zirkussen. (Quelle: *Vier Pfoten*)

Unsere Postkartenaktion „Tierleid verdient keinen Applaus“ – für ein Verbot von Wildtieren an Bundesministerin Aigner hatten wir in Heft 2+3/2010 durchgeführt. Wir hatten uns dabei *Animal public e.V.* angeschlossen. Die Aktion wird an unseren Infoständen fortgesetzt in der Hoffnung auf eine baldige Einsicht der Bundesregierung.

Kürzere Übergangsfrist für „ausgestaltete“ Käfige?

Bei einer Debatte im Bundesrat am 08.07.2011 zu Tierschutzthemen wurde unter anderem über einen Entschließungsantrag des Landes Rheinland-Pfalz zur tierschutzgerechten Haltung von Legehennen diskutiert. Ministerpräsident Kurt Beck fordert darin auf, die notwendigen Konsequenzen aus den beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 06.07.1999 und vom 12.10.2010 zu ziehen und zu dem im Jahr 2002 beschlossenen Ausstieg aus der Käfighaltung von Legehennen zurückzukehren. Durch umfangreiche Gutachten und Stellungnahmen sei die Tierschutzwidrigkeit der Haltung von Legehennen in Kleingruppenkäfigen bewiesen.

Ulrike Höfken (*Grüne*) und Kurt Beck (*SPD*) hatten vor der Sitzung an einer Demonstration von Tierschutzorganisationen unter dem Motto „Lasst die Hühner frei!“ teilgenommen. Sie forderten, die Über-

gangsfrist für Kleingruppenhaltung, die von der Bundesregierung bis zum Jahr 2035 geplant ist, erheblich zu verkürzen.

Der vorgesehene Bestandsschutz von 23 Jahren für eine tierschutzwidrige Haltungsform ist absolut inakzeptabel, zumal bei Einführung der Kleingruppenhaltung in „ausgestalteten“ Käfigen im Jahr 2006 bereits eine Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz angedroht worden war und somit Rechtsunsicherheit bestand.

Die Abstimmung zur Übergangsfrist erfolgt im Bundesrat im Herbst dieses Jahres. Wie bekannt wurde, wollen mehrere Bundesländer nur eine Frist von acht Jahren einräumen, die der Abschreibungsfrist beim Finanzamt entspricht (s. auch *Landesbeirat für Tierschutz* Seite 23).

Aktion: Bitte protestieren Sie bei Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gegen die Laufzeitverlängerung.

Musterbrief:

Keine Laufzeitverlängerung für Hennenkäfige

Sehr geehrte Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner,

der geplante Bestandsschutz für die art- und verfassungswidrige Hennenhaltung in „ausgestalteten“ Käfigen bis zum Jahr 2035 ist absolut inakzeptabel. Die Höchstlaufzeit darf nur der Abschreibungsfrist beim Finanzamt bis zum Jahr 2019 entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Anschriften für Briefaktionen

Seite:

- 29 Affenversuche in Tübingen: Landwirtschaftsminister Alexander Bonde. Postfach 10 34 44, 70029 Stuttgart, E-Mail: alexander.bonde@mlr.bwl.de und Poststelle@mlr.bwl.de, Fax: 0711/126-2255
- 38 EU-Richtlinie zur Hühnermast:
Herrn EU-Kommissar John Dalli, Gesundheit und Verbraucherpolitik, B 1049 Brüssel, Belgien, cab-dalli-webpage@ec.europa.eu
Herrn EU-Kommissar Dacian Cioloş, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, B 1049 Brüssel, Belgien, Fax: 0032/22 99 53 87, dacian.ciolos@ec.europa.eu
- 39 Keine Laufzeitverlängerung für Käfige: Frau Bundesministerin Ilse Aigner, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 11055 Berlin, Fax: 030/22 77 62 81, E-Mail: poststelle@bmelv.bund.de



**Tierversuchsgegner
Baden-Württemberg e.V.**



Trauerzug für Tiere

Aufruf zur Teilnahme an der Demonstrationsveranstaltung

Stuttgart, Schlossplatz

Samstag, 29. Oktober 2011

12:45 Uhr Sammeln zum Aufzug und Begrüßung

13:00 – 15:00 Uhr Trauerzug durch die Innenstadt

anschließend Kundgebung auf dem Schlossplatz
Mahnwache mit Fackeln und Grablichtern

Infostände von 11:00 – 18:00 Uhr

Bitte kommen Sie in schwarzer oder dunkler Kleidung
Dem Trauerzug werden Kränze und drei Transparente vorangetragen
Bitte keine weiteren Transparente oder Plakate
Während des ganzen Zuges werden wir klassische Musik abspielen